

# Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung

C 21234 ISSN 0940 - 4163



Militär-geschichte im Bild: Hospitalschiff des Deutschen Roten Kreuzes »MS Helgoland« vor Da Nang im Dezember 1971.

**60 Jahre NATO**

**Hitlers Lagezentrum »Wehrwolf«**

**Die Torpedo-Krise im Zweiten Weltkrieg**

**»Parteiarmeen« in der Weimarer Republik**

**Auf den Schlachtfeldern des Orients**

# Impressum

## Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

### Herausgegeben

vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt  
durch Oberst Dr. Hans Ehlert und  
Oberst i.G. Dr. Hans-Hubertus Mack (V.i.S.d.P.)

### Produktionsredakteur der aktuellen Ausgabe:

Mag. phil. Michael Thomae M.A.

### Redaktion:

Hauptmann Matthias Nicklaus M.A. (mn)  
Hauptmann Magnus Pahl M.A. (mp)  
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa (hp)  
Hauptmann Klaus Storkmann M.A. (ks)  
Mag. phil. Michael Thomae M.A. (mt)

### Bildredaktion:

Dipl.-Phil. Marina Sandig

### Lektorat:

Dr. Aleksandar-S. Vuletić

### Layout/Grafik:

Maurice Woynoski / Medienwerkstatt D. Lang

### Karten:

Dipl.-Ing. Bernd Nogli

### Anschrift der Redaktion:

Redaktion »Militärgeschichte«  
Militärgeschichtliches Forschungsamt  
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam  
E-Mail: MGFARedaktionMilGeschichte@  
bundeswehr.org  
Telefax: 03 31 / 9 71 45 07  
Homepage: www.mgfa.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an diese Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Durch Annahme eines Manuskriptes erwirkt der Herausgeber auch das Recht zur Veröffentlichung, Übersetzung usw. Honorarabrechnung erfolgt jeweils nach Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich Kürzungen eingereicherter Beiträge vor. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Die Redaktion hat keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten, auf die in dieser Zeitschrift durch Angabe eines Link verwiesen wird. Deshalb übernimmt die Redaktion keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in dieser Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten. Dieses gilt für alle ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen.

© 2009 für alle Beiträge beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA). Sollten nicht in allen Fällen die Rechteinhaber ermittelt worden sein, bitten wir ggf. um Mitteilung.

### Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co., Norden

ISSN 0940-4163

# Editorial

Lesen, Lesen, Lesen!



Anfang April begeht die NATO in Straßburg auf dem NATO-Gipfel ihr 60-jähriges Jubiläum. Geplant ist zudem die Ratifizierung des Beitritts zweier weiterer Staaten: Albanien und Kroatien. Schon Monate vor dem Gipfel wurden Proteste aus der Friedensbewegung laut, die eine Auflösung des Militärbündnisses fordert. Die NATO sei mit dem Ende des Warschauer Paktes überflüssig geworden, heißt es. Jetzt helfe sie die Länder der Dritten Welt auszu-beuten, indem sie vorgebe, gemeinsam mit den Industrienationen weltweit Rohstoffe zu sichern.

Die NATO war 1949 von den USA, Kanada und zehn westeuropäischen Staaten als Antwort auf die Bedrohung durch die Armeen Stalins gegründet worden. Das Prinzip NATO beruhte auf Abschreckung: Sie existierte, damit die Anwendung von Waffengewalt, atomarer wie konventioneller gleichermaßen, unterblieb.

Durchbrochen wurde dieses Prinzip erstmals in den 1990er Jahren während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien mit Luftangriffen auf serbische Stellungen und Ziele in Serbien selbst. Krisenbewältigung und Krisenverhinderung lautete das neue strategische Konzept, und zwar nicht nur auf dem Bündnisgebiet, sondern auch »out of area«: zunächst im früheren Jugoslawien, dann im Mittelmeerraum oder in Afghanistan.

Doch sind die Aufgaben der NATO vielfältiger: Sie reichen von Antiterror-Operationen und Piratenbekämpfung bis hin zur humanitären Hilfe bei Naturkatastrophen. In Zeiten von »cyber attacks«, der Bedrohungen der politischen und militärischen Sicherheit infolge des Klimawandels oder der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist mehr denn je schnelles Handeln gefragt. In seinem Beitrag zu 60 Jahre NATO zeigt Agilolf Keßelring anschaulich die Entstehung und den Wandel des Bündnisses sowie seiner Strategien bis in die heutige Zeit auf.

Markus Eikel nimmt in seinem Beitrag über das Führerhauptquartier »Wehrwolf« in Winniza die militärischen Entscheidungen hinsichtlich der Ostfront in den Blick, die im Lagezentrum in der Ukraine während des Zweiten Weltkrieges getroffen wurden.

Ein weiterer Aufsatz zum Zweiten Weltkrieg hat die Torpedo-Krise der deutschen Kriegsmarine zum Inhalt, die im April 1940 während des britisch-deutschen Kampfes um die Vorherrschaft in den norwegischen Gewässern ihren Höhepunkt erreichte. Heinrich Schütz zeigt, welche technischen Mängel und menschlichen Unzulänglichkeiten zu der Krise führten, die in letzter Konsequenz die verantwortlichen Männer vor dem Reichskriegsgericht unter Anklage sah.

Uwe Brammer widmet sich den »Parteiarmeen« in der Weimarer Republik. Und schließlich führt Sie Christian Senne mit seinem Beitrag über den preußischen Militärbeobachter Curt Ernst von Morgen auf die Schlachtfelder des Orients Ende des 19. Jahrhunderts.

Ab Heft 1/2009 finden Sie – zusätzlich zu den bisherigen Rubriken – »Die historische Quelle«, die anhand ausgewählter Fundstücke aus Archiven oder Museen Geschichte veranschaulichen will. Mehr Platz wird der »Militärgeschichte kompakt« eingeräumt. Informationen zu Ausstellungen werden in gafferter Form zusammen mit der Vorschau angeboten.

Viel Gewinn beim Lesen dieses Heftes – wie auch der kommenden Ausgaben mit dem neu gestalteten Serviceteil – wünscht Ihnen allen

Michael Thomae

Ihr Michael Thomae

## 60 Jahre NATO. Wechselnde Bedrohungen – neue Strategien

4

Dr. Agilolf Keßelring,  
geboren 1972 in Tokio,  
Wissenschaftler am Institut für Strategie und  
Verteidigungsstudien der Nationalen  
Verteidigungsuniversität, Helsinki



## Hitlers Lagezentrum »Wehrwolf« in der Ukraine 1942/43

8

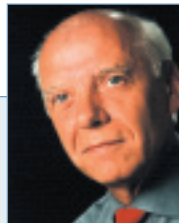
Dr. Markus Eikel,  
geboren 1966 in Paderborn,  
Historiker, Investigator am Internationalen  
Strafgerichtshof in Den Haag



## Die Torpedo-Krise im Zweiten Weltkrieg

12

Dipl.-Ing. Heinrich Schütz,  
geboren 1938 in Bad Polzin/Pommern  
(heute Polczyn-Zdrój), Erster Direktor BWB a.D.,  
ehemals u.a. Leiter der WTD 71 in Eckernförde



## »Parteiarmeen« in der Weimarer Republik

18

Dipl.-Päd. Uwe Brammer M.A.,  
geboren 1954 in Soltau,  
Referent für »Auszeichnungsangelegenheiten«  
im Bundesministerium der Verteidigung



## Auf den Schlachtfeldern des Orients. Der preußische Militärbeobachter Curt Ernst von Morgen

22

Christian Senne M.A., geboren  
1978 in Hildesheim, Historiker und  
Politikwissenschaftler, Berater bei der Expat  
Consult GmbH, Hamburg



## Service

Das historische Stichwort: Die »Nelkenrevolution« 1974	26
Medien online/digital	28
Lesetipp	30
Die historische Quelle	32
Geschichte kompakt	33
Ausstellungen	34

## Militärgeschichte im Bild

Der Krieg in Vietnam	35
----------------------	----



Das Deutsche Rote Kreuz setzte im Vietnamkrieg das Hilfsschiff »MS Helgoland« als schwimmendes Lazarett zur Versorgung von zivilen Opfern beider kriegführender Parteien ein. Auf dem Schiff selbst und auch ambulant konnten so zwischen 1966 und 1972 über 200.000 Menschen medizinisch versorgt werden.  
Foto: KNA

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe:  
Hauptmann Hans-Peter Kriemann M.A.,  
Kompaniechef 6./FJgBtl 452;  
Dr. Andreas Kunz, Referatsleiter im BArch,  
Freiburg i.Br.;  
Knud Neuhoff, Berlin, Lektor

Berichtigung: In Heft 3/2008 ist das Bild S. 19 unten mit einer falschen Bildunterschrift versehen worden. Das Bild zeigt Häftlinge im Konzentrationslager Mauthausen vor der Desinfizierung am 10. Juli 1941. Die Angaben stammten von der Bildagentur.



# 60 Jahre NATO

## Wechselnde Bedrohungen – neue Strategien

▲ Die NATO führt zur Zeit mehrere Operationen, unter anderem in Afghanistan. Im Rahmen von ISAF (International Security Assistance Force) sind im Norden Afghanistans rund 3500 Soldaten der Bundeswehr stationiert. Im Bild: Auf einem Übungsgelände der Werratal-Kaserne Bad Salzungen bereiten sich Soldaten der Bundeswehr im Juli 2008 auf ihren bevorstehenden Auslandseinsatz vor.

**A**m 4. April 1949 unterzeichneten die Außenminister Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Islands, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Portugals und der USA in Washington den Nordatlantikvertrag, um – so die Präambel – »die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten«.

Auf den Tag genau acht Monate zuvor hatte die Sowjetunion mit der Blockade der Westsektoren Berlins begonnen; gut einen Monat nach Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages stellten die Sowjets die Blockade ein. Doch nicht nur in Berlin wurde die Bedrohung durch die Politik des sowjetischen Diktators Stalin konkret. Die »Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit« mit Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei, die stets auch eine militärische Komponente beinhalteten, schufen ein auf Moskau zentriertes Netz an Satellitenstaaten. Wirtschaftlich rück-

ten die Länder des »Ostblocks« Anfang 1949 im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) enger zusammen. Dies entsprach der Logik des aufkeimenden »Kalten Krieges«. Schließlich diente der wirtschaftliche Aufbau (West-)Europas, realisiert durch den sogenannten Marshall-Plan, auch der Eindämmung (containment) des Kommunismus.

Alarmierend für die meist instabilen demokratischen Regierungen im Europa der Nachkriegszeit war vor allem die gewaltsame Sowjetisierung Ungarns, Rumäniens, Polens und der Tschechoslowakei. Unter dem Stiefel der Sowjetarmee hatten dort zwischen 1945 und 1948 kommunistische Parteien die Regierung übernommen, oppositionelle Kräfte gewaltsam unterdrückt sowie die zwangsweise Umformung der gesellschaftlichen Systeme in Angriff genommen. Zudem gab es auch in manchen westeuropäischen Ländern starke kommunistische Parteien, die selbstbewusst auftraten und dem äußeren Bedrohungsbild eines potenziellen sowjetischen Angriffs die innere Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme hinzufügten.

### Berlin und Westeuropas militärische Schwäche

Bei Kriegsende 1945 hatten etwa 4,7 Millionen westliche und rund 4,5 Millionen sowjetische Soldaten in Europa gestanden. Die USA reduzierten ihre Militärmacht angesichts ihres atomaren Monopols und aufgrund des geplanten Rückzuges aus Europa zügig von zwölf Millionen Mann Gesamtstärke auf 1,5 Millionen Soldaten; die Sowjetarmee behielt dagegen eine Stärke von 3 Millionen Soldaten bei. 1948 gingen amerikanische Militärplaner davon aus, dass allein in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) Deutschlands, der späteren DDR, etwa 30 sowjetische Divisionen mit insgesamt rund 500 000 Soldaten standen. Dazu kamen die sowjetischen Truppen im übrigen Europa sowie die rund 70 Divisionen der Satellitenstaaten. Von den in Europa verbliebenen 135 000 US-Soldaten (vier Divisionen) waren etwas über 100 000 in Westdeutschland stationiert. Die Westmächte verfügten in Mitteleuropa neben der 50 000 Mann starken britischen

Armee noch über sechs französische und drei Divisionen der Benelux-Länder. Entsprechend sahen die militärischen Planungen der USA aus. Das 1948 entwickelte amerikanische Halfmoon-Konzept sah vor, im Kriegsfall nach hinhaltenden Kämpfen am Rhein letztlich die Truppen aus Kontinentaleuropa zu evakuieren. Westeuropa, so die Einschätzungen der Militärplaner, könne vielleicht drei Monate lang gegen den Ansturm der Sowjetarmee gehalten werden.

Im März 1948 – also bereits vor der Berlin-Blockade – schufen Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg in Brüssel die Westunion (ab 1955 Westeuropäische Union, WEU). Die USA wollten diesem Bündnis auch wegen dessen Ausrichtung gegen Deutschland nicht beitreten. Während Briten und Franzosen auf ein dauerhaftes Engagement der Amerikaner in Europa drängten, versuchten die USA, ihren politischen und militärischen Handlungsspielraum möglichst offen zu halten.

Problematisch erwies sich für die USA mit ihrer Tradition der Bündnisfreiheit im Frieden vor allem der Bündnisautomatismus (Art. 5) des Brüsseler Vertrages. Ein solcher Vertrag hätte den US-Senat faktisch seines Rechts zur Feststellung des Kriegszustandes beraubt. Dieses Problem löste der US-Kongress im Juni 1948. Die Annahme einer von dem republikanischen Senator Arthur H. Vandenberg eingebrachten Resolution ermöglichte es den USA erstmals in ihrer Geschichte, bereits zu Friedenszeiten Verträge über militärische Beistandsverpflichtungen abzuschließen, soweit sie »die Entwicklung regionaler und anderer kollektiver Vorkehrungen für individuelle und kollektive Selbstverteidigung im Einklang mit den Prinzipien und Bestimmungen der UN-Charta« verfolgten.

Im Juli 1948 erklärten die Außenminister der Westunion, ihr Bündnis sei »militärisch unfähig«, sich selbst zu verteidigen. Einen Monat später reagierte die Sowjetunion auf die Einführung der neuen D-Mark auch in West-Berlin mit der Blockade der Stadt. Auf beiden Seiten des Atlantiks wurde deutlich, dass auch Westdeutschland schon bald zum Ziel eines sowjetischen Angriffs werden könnte. Vor allem London und Paris drängten darauf,

dass die USA ihre Verantwortung für die europäische Sicherheit wahrnahmen. Im Winter 1948/49 begannen daher die Verhandlungen über ein nordatlantisches Verteidigungsbündnis. Am 4. April 1949 war es soweit: Der Nordatlantikvertrag wurde feierlich unterzeichnet.

Sein Artikel 5 bezieht sich – der Vandenberg-Resolution entsprechend – ausdrücklich auf die Vereinten Nationen und überlässt anders als der Brüsseler Vertrag die Wahl der im Bündnisfall getroffenen politischen oder militärischen Maßnahmen dem Ermessen jedes Mitgliedstaates. Als Vertragsgebiet wurden in Artikel 6 das Gebiet der NATO-Staaten, einschließlich der französischen Departements in Algerien (bis 1966) und »die Besatzungstreitkräfte einer Partei in Europa« festgelegt. Die NATO betrachtete also von Anfang an einen Angriff auf die Westzonen in Deutschland (und bis 1955 Österreich) sowie – während der fortwährenden Berlin-Blockade besonders wichtig – auf die Westsektoren Berlins einschließlich der Zugangswege als Bündnisfall. Im Kriegsfall hätte die NATO jedoch Westdeutschland aufgeben müssen. Aufgrund des geringen konventionellen Kräftepotenzials sahen die frühen NATO-Planungen nur eine zeitlich begrenzte Verteidigung an der Rhein-Ijssel-Linie und später an den Pyrenäen vor. Zugleich sollte ein Nuklearkrieg gegen ihre Industrie- und Bevölkerungszentren die Sowjetunion in die Knie zwingen, bevor eine Wiedereroberung Westeuropas gelingen konnte.

### **Korea und das »O« der NATO**

Im September 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe. Das Monopol der USA war gebrochen, und die NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung drohte langfristig zweifelhaft zu werden. Die NATO hatte damals weder eigene Truppen noch eine eigene militärische Organisation. Auch verfügte sie nicht über gemeinsame Planungen. Der Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 führte den Bündnispartnern dreierlei Dinge vor Augen. Erstens konnte der Angriff Nordkoreas als »Blaupause« für ein ähnliches Szenario in Deutschland gesehen werden.

Zweitens machte die Kriegführung mit einer kurzfristig zusammengestellten Koalitionsarmee einer – heute würde man sagen: »coalition of the willing« – deren praktische Probleme deutlich. Und drittens wurde klar, dass trotz der Existenz sowjetischer Atomwaffen ein konventioneller Krieg in Europa möglich war und dieser sich bei eigener Schwäche rasch zu einem nicht gewollten Atomkrieg ausweiten konnte. Das Bündnis zog daraus die Folgerung, sich eine militärische und zugleich eine politische Organisation zu geben: Aus dem Nordatlantikvertrag wurde die »NATO«, die Vertragsorganisation.

Außerdem waren zweifellos stärkere konventionelle Streitkräfte notwendig. Bis 1951 gewährten die USA ihren europäischen Bündnispartnern 5,5 Milliarden Dollar an Waffenhilfe. Im September 1950 kündigten sie an, vier weitere Divisionen nach Europa zu verlegen. Den Oberbefehl über das neu gegründete NATO-Oberkommando Europa (SHAPE) erhielt der amerikanische General Dwight D. Eisenhower, der bereits im Zweiten Weltkrieg die alliierten Truppen in Europa geführt hatte. Die NATO übernahm die Verteidigungsorganisation der Westunion und diese ging in SHAPE auf. Die Allianz teilte Europa in drei Regionen ein, die jeweils von einem Commander in Chief (CINC) geführt wurden. Das Ringen um diese Kommandos während der Organisation der NATO macht deutlich, was für eine sensible Angelegenheit die Verteidigung des eigenen Hoheitsgebiets im Bündnisrahmen seit den Anfängen der Allianz darstellt. Unter den Bündnispartnern gab es schon immer Konfliktpotenzial und Rivalitäten – aber auch flexible Lösungen im Sinne der gemeinsamen Sicherheit.

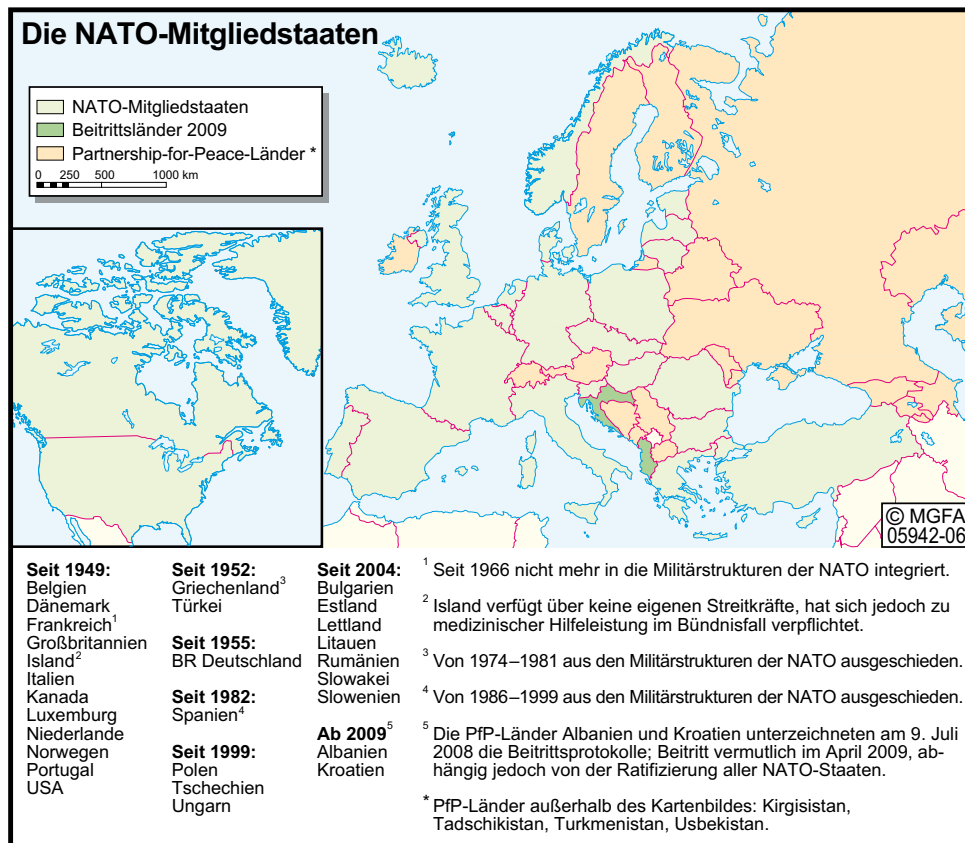
### **Die Sowjetunion, Deutschland und der »long haul«**

Die amerikanische Präsenz in Europa eröffnete aber auch den Weg für die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte. Die westeuropäischen Staaten, die noch wenige Jahre zuvor von der Wehrmacht besetzt gewesen waren, sahen eine »deutsche Wiederbewaffnung« nicht ohne Sorgen. Sie wollten beides: Sicherheit mit Deutschland, aber zugleich Sicherheit vor Deutschland. Die

US-Truppen waren so auch eine Sicherheitsgarantie gegen ein erneutes militärisches Übergewicht der Deutschen. Die militärischen Planungen des Jahres 1952, die »forward strategy« (MC 14/1), rechneten jedoch bereits mit den zukünftigen deutschen Divisionen und sahen daher insgesamt 96 Divisionen für die Verteidigung Europas vor. Der erste Versuch, das deutsche personelle und wirtschaftliche Potenzial für die Bündnisverteidigung nutzbar zu machen – der 1950 vorgeschlagene »Pleven-Plan« zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft –, scheiterte allerdings im August 1954 am Widerstand des französischen Parlaments. Als Reaktion auf dieses Scheitern setzten die USA dann den unmittelbaren Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Mai 1955 durch.

Etwa zeitgleich kam es angesichts der als volkswirtschaftlich unzumutbar und somit als politisch gefährlich betrachteten Kosten der geplanten konventionellen Verteidigung zu einer zunehmenden Nuklearisierung der Strategie. Formuliert wurde diese Strategie der »massiven Vergeltung« 1954 als MC 48. Sie kann wohl nicht zuletzt als eine Art Notlösung bis zur Aufstellung der deutschen Divisionen betrachtet werden. Während die NATO die UdSSR mit der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland vor vollendete Tatsachen stellte, versuchte die Sowjetführung mit einer Mischung aus Entspannungsgesprächen und handfesten Drohungen, unter anderem der atomaren Vernichtung Dänemarks, die NATO um ihren strategischen Vorteil zu bringen. Der Kreml gründete einerseits medienwirksam den Warschauer Pakt, zielte andererseits auf eine Abkopplung der USA von Europa, eine Neutralisierung der Nordflanke oder – in der Tradition der »Stalin-Noten« – auf eine Neutralisierung Deutschlands. Jetzt bewährte sich die inzwischen eingespielte Organisation der NATO mit ihren wöchentlichen Treffen auf Botschafterebene. Die sowjetischen Absichten wurden dabei in ihrer strategischen Gesamtwirkung betrachtet und bewertet.

Das sowjetische Satellitensystem wankte angesichts des Juniaufstandes in der polnischen Stadt Posen und des Ungarnaufstandes im Oktober 1956 und konnte letztlich nur mit massiver Repression aufrechterhalten werden.



Ein Jahr später änderte die NATO mit einer neuen Strategie abgestufter Reaktionen (MC 14/2, MC 48/2) die Doktrin der absoluten »massive retaliation« ab. Während die Option offengehalten wurde, auf einen feindlichen, nicht-sowjetischen Angriff konventionell zu reagieren, sollte auf einen sowjetischen Angriff massiv nuklear geantwortet werden. In einem solchen Fall sollten NATO-Truppen als konventioneller »Schild« die konventionell nach wie vor deutlich überlegenen sowjetischen Kräfte so lange aufhalten, bis die amerikanische strategische Bomberflotte als nukleares »Schwert« zum Einsatz käme. Wesentlicher als dieser mögliche militärische Einsatz der Atomwaffen war jedoch deren politische Funktion: die Abschreckung des Gegners, damit sich so der Gebrauch von Waffen, konventionellen wie nuklearen gleichermaßen, erübrige.

Als eine der größten Gefahren bewerteten die Bedrohungsanalysen der NATO zu dieser Zeit, dass man trotz aller militärischen Anstrengungen politisch im »long haul« – dem langen Gezerre – um strategische Vorteile gegenüber dem Ostblock unterliegen

könnte. Gerade durch die relative Entspannung nach dem Tod Stalins wurde ein Rückfall in die nationalen Egoismen der Bündnisstaaten befürchtet – oder gar ein Zerfall der Allianz –, was dann die Sowjetunion zu ihren Gunsten ausnützen könnte. Dass solche Befürchtungen durchaus nicht unbegründet waren, belegt vor allem die Suez-Krise (1956), aber auch die vorsichtige Politik Norwegens gegenüber dem sowjetischen Nachbarn, die auf die andauernde Schwäche der NATO-Nordflanke zurückzuführen war und diese zugleich bedingte.

Die Berlin-Krisen von 1958 und 1961 sowie die Kuba-Rakettenkrise von 1962 zeigten bald, dass der Kalte Krieg keineswegs vorbei war. Nachdem die Sowjetunion den Satelliten »Sputnik« ins All geschossen hatte, wurde zudem deutlich, dass sie über kurz oder lang auch das kontinentalamerikanische Kernland atomar bedrohen könnte. Daher stellte sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit einer ausschließlichen nuklearen Abschreckung. Konnte man wirklich davon ausgehen, dass die USA die nukleare Vernichtung von Washington und New York riskieren

würden, um einen auf den Zufahrtswegen nach Berlin festgehaltenen Konvoi zu befreien? Die Folge war eine weitere Entwicklung der Strategie hin zur »flexible response«, wie sie 1968 im gemeinsamen Dokument MC 14/3 verabschiedet wurde. Allerdings verlief der Strategiewechsel nicht ohne Konflikte: So zog sich Frankreich 1966 aus der militärischen Organisation des Bündnisses zurück. Um das Vertrauen der Europäer – und gewissermaßen auch der Sowjets – in den amerikanischen Willen zur Verteidigung Europas wiederherzustellen, beschlossen die USA, ihre Atombasen in Westeuropa fest in die Bündnisstrukturen einzubinden.

## SS 20 und NATO-Doppelbeschluss

Die Flexibilisierung der militärischen Strategie im Dokument MC 14/3 war das eine; im Rückblick noch wichtiger war, dass sich nun zur Abschreckung ein diplomatisches Instrument – in Form von Abrüstungsverhandlungen und Entspannungspolitik – gesellte, um so dauerhafte Beziehungen zur Lösung grundlegender politischer Fragen herzustellen. Entspannungspolitik war im Sinne des »long haul« bisher eher als sowjetische Taktik und entsprechend als eine Gefahr verstanden worden. Als die Sowjetunion 1976 mit neuen Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 Europa direkt bedrohen konnte, reagierte der Westen im NATO-Doppelbeschluss von 1979 gemäß dieser neuen Strategie: Das Nordatlantische Bündnis bot eine beiderseitige Begrenzung der Mittelstreckenraketen an, kündigte aber gleichzeitig eine Stationierung von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern (Typen BGM-109 Tomahawk, Pershing 2) in Europa für den Fall an, dass die Verhandlungen zu keinem Erfolg führten. Der NATO-Doppelbeschluss hatte erneute Rüstungsanstrengungen auf beiden Seiten zur Folge. Die dynamischere »countervailing strategy« löste das Konzept des »Gleichgewichts des Schreckens« ab. Ihr lag die Vorstellung zugrunde, dass glaubhafte Abschreckung auch konsequent Überlegungen und Planungen zum militärischen Einsatz von Atomwaffen beinhalten müsse. Ob es dieser

Strategiewechsel der 1980er Jahre war, der letztlich maßgeblich zum Fall der Sowjetunion und deren Satelliten geführt hat, müssen die Militärgeschichtler noch klären – unwahrscheinlich ist dies zumindest nicht.

## Neue Herausforderungen

Auf die Nachrüstung folgten Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Vernichtung aller Raketen mit kürzerer und mittlerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer), festgelegt im Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (auch: INF-Vertrag). 1991 wurden mit START I und 1993 mit START II nukleare sowie 1992 konventionelle Abrüstungsverträge geschlossen. Leider sind die meisten Abrüstungsverträge – so auch der konventionelle KSE-Vertrag – heute wieder faktisch ausgesetzt. Eine neue Ära in den Beziehungen zwischen Ost und West wurde nicht zuletzt durch die Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage eingeleitet. Das heutige Verhältnis zu Russland ist zwar nicht spannungsfrei, doch gibt es gemeinsame Gremien des Austauschs und der Zusammenarbeit. Neue Herausforderungen ergaben sich durch den Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens. Die NATO begegnete der radikal veränderten Weltlage rasch durch eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffes. Zusätzlich zu den bisherigen strategischen Komponenten »Abschreckung« und »Abrüstung« traten mit dem »New Strategic Concept« (1991) nun »Dialog« und »Kooperation« mit den ehemaligen Gegnern hinzu. Verwirklicht wurde dies ab 1994 im Programm Partnership for Peace (PfP) sowie seit 1997 im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC). Zehn PfP-Staaten sind inzwischen dem Bündnis in zwei Erweiterungsrunden (1999 und 2004) beigetreten.

Als deutlich wurde, dass die Vereinten Nationen beim blutigen Zerfall Jugoslawiens keinen Frieden erreichen konnten, erzwang die NATO 1995 das Ende des mehrjährigen Krieges in Bosnien-Herzegowina. Vier Jahre später beendete sie angesichts der Vertreibung von etwa 800 000 Menschen den Krieg Milošević-Jugoslawiens gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo

durch massive konventionelle Luftangriffe. Seit zehn Jahren begleitet die von der NATO geführte KFOR den Friedensprozess im Kosovo. Die NATO-Einsätze in Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Albanien wurden erfolgreich abgeschlossen.

Nach den Terroranschlägen auf die USA vom 11. September 2001 stellte die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall fest und entsandte unter anderem Flugzeuge zur Überwachung des US-Luftraumes. In Afghanistan führt das Bündnis die humanitäre ISAF-Operation, während die NATO-Länder infolge des Bündnisfalles nach eigener Maßgabe am Horn von Afrika oder in Afghanistan im Rahmen der amerikanisch geführten Operation Enduring Freedom (OEF) ihren Beitrag im globalen Kampf gegen den Terrorismus leisten.

Die NATO hat seit ihrer Gründung immer wieder angesichts wechselnder Bedrohungen neue Strategien eingeschlagen. Nicht zuletzt diese Flexibilität hat das Bündnis zur wohl mächtigsten politischen und militärischen Allianz werden lassen. Mit 26 Staaten ist das NATO-Gebiet von der Westküste Nordamerikas über den Atlantik bis zum Schwarzen Meer am 60. Bündnisgeburtstag eine Zone des Friedens. Als zukünftige Mitglieder werden Albanien und Kroatien erwartet sowie – nach Klärung des Namenskonflikts mit Griechenland – auch Mazedonien. Auf dem NATO-Gipfel Anfang April 2008 in Bukarest fiel der Beschluss, dass Georgien und die Ukraine in Zukunft Bündnismitglieder werden. Die schwierigen Beziehungen dieser Länder zu Russland machen indes deren Beitritt zu politisch hochkomplexen Unterfangen. Mittelfristig werden möglicherweise auch Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Serbien der Allianz beitreten.

■ *Agilolf Kefselring*

## Literaturtipps

*Gero von Gersdorff*, Die Gründung der Nordatlantischen Allianz, München 2009 (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses, 7).

*Bernd Stöver*, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947 bis 1991, München 2007.

*Johannes Varwick*, Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? München 2008.

# Hitlers Lagezentrum »Wehrwolf« in der Ukraine 1942/43



ulstein bild

▲ Arbeitsraum Adolf Hitlers im Führerhauptquartier »Wehrwolf«.

**K**eine Gedenkstätte, nicht einmal eine Hinweistafel – eine Lichtung im Wald abseits der Straße von Winniza nach Schitomir ist alles, was vom ehemaligen Führerhauptquartier »Wehrwolf« heute übrig ist. Fragen nach dem Standort werden von Einheimischen jedoch fachkundig beantwortet: Jeder Angesprochene weist zielgerecht den Weg zum »Hitlerbunker«, von dem es dann allerdings fast nichts mehr zu sehen gibt. Anders als im ostpreußischen Rastenburg, ist an eine historische Aufarbeitung der Anlage in der Ukraine nicht gedacht.

Rund fünf Monate hielt sich Adolf Hitler während des Krieges gegen die Sowjetunion in seinem Hauptquartier in der Zentralukraine auf: von Juli bis Oktober 1942 und von Mitte Februar bis Mitte März 1943 (schließlich noch einen weiteren Tag im August 1943). Außer der »Wolfsschanze« in Ostpreußen gab es kein Führerhauptquartier, in dem Hitler länger anwesend war.

Nach dem Festlaufen des deutschen Vormarsches im Winter 1941/42 hatte die deutsche Führung eine neue Offensive für das Jahr 1942 unter dem Decknamen »Operation Blau« geplant, die einen Vorstoß vor allem im Süden der Ostfront vorsah und zur endgültigen Niederlage der Sowjetunion führen sollte. Die operativen Hauptziele waren die Einnahme Stalingrads und die Eroberung der Ölgebiete im Kaukasus.

Für diesen geplanten Vorstoß im Süden wurde Ende 1941 ein neues Hauptquartier geplant, das näher an der zukünftigen Frontlinie lag als die »Wolfsschanze« in Ostpreußen. Der Chefadjutant der Wehrmacht, Generalmajor Rudolf Schmundt, erkundete einen Platz, ein Waldstück, das ca. 9 km nördlich von Winniza lag. Die Organisation Todt schließlich gründete einen eigenen OT-Einsatzstab »Eichenhain« und beauftragte diesen mit der Ausführung der Pläne. »Eichenhain« wurde zum Decknamen der OT für das Projekt bei Winniza.

Die Verlegung des Führerhauptquartiers in den Raum Winniza hatte für die örtliche jüdische Bevölkerung fatale Folgen. Bereits im September 1941 waren mindestens 10 000 Juden der Stadt von Teilen eines Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD erschossen worden. In den meisten Gebieten des sogenannten Reichskommissariates Ukraine, also des unter Zivilverwaltung stehenden Teiles der besetzten Ukraine, kam es zwischen Dezember 1941 und Mai 1942 zu einem vorübergehenden Stop der Massenerschießungen, so etwa in den Gebieten Wolhyniens und Podoliens weiter westlich. Im Raum Winniza jedoch wurden die Exekutionen aufgrund der geplanten Führeranlage und des damit verbundenen erhöhten Sicherheitsbedürfnisses im Winter 1941/42 unverändert fortgeführt.

Ein besonderes Problem sah der Leiter der örtlichen Sicherheitspolizei, SS-Obersturmführer Theodor Salmanczik, in der Nähe der geplanten Anlage zur



rumänischen Grenze. Im August 1941 war die Region Transnistrien zwischen den Flüssen Dneestr und Bug an den rumänischen Verbündeten abgetreten worden. Hier kam es, unter anderem in Odessa im Oktober 1941, zu einer Reihe von fürchterlichen Massakern an der jüdischen Bevölkerung. Die rumänische Polizei trieb diese in der Folge Richtung Norden an die Grenzen des rumänischen Besatzungsgebietes, wo sie unter katastrophalen Bedingungen in Lagern entlang des Bug zusammengepfercht wurde. Ende März informierte SS-Gruppenführer Bruno Streckenbach, Chef des Amtes I im Berliner Reichssicherheitshauptamt, die deutschen Polizeistellen vor Ort darüber, dass »die Judenfrage in Winniza und an der rumänischen Grenze in Bälde ihre Erledigung finden« werde. Am 16. April wurden »die in Winniza wohnenden Juden in Höhe von 4800 umgelegt«. Ungefähr 1000 Handwerker wurden kaserniert und in der Folgezeit unter Bewachung geschlossen zur Zwangsarbeit eingesetzt. Vor der Ankunft Hitlers und des Reichsführers SS Heinrich Himmler im Juli 1942 sollten nach Befehl des Führers der Einsatzgruppe C, SS-Brigadeführer Max Thomas, auch diese letzten »Arbeitsjuden« aus dem Raum Winniza verschwunden sein.

## Der Bau der Anlage

Im ersten Bauabschnitt von Ende 1941 bis September 1942 wurden bis zu 8000 OT-Arbeiter und 1000 Ukrainer an der Baustelle eingesetzt. Bei den Bauten handelte es sich um insgesamt 19 rustikale Blockhäuser, Baracken und Schutzbunker. Hitler hatte darauf bestanden, dass man nur rohes Holz für die Bauten verwendete. Die Blockhäuser waren zwar schön anzusehen, aber im Inneren feucht. Für den »Führer« und seine engeren Mitarbeiter entstanden zusätzlich drei kleinere Bunker. Nach der Durchforstung des Waldes wurden zur Kaschierung der entstandenen Baulücken 12 000 Quadratmeter Rasen angesät, zudem 800 Bäume und mehrere tausend Sträucher gepflanzt.

Für die Überholung der bestehenden und den Bau von weiteren acht Blockhäusern kamen 1250 OT-Arbeiter von Januar bis Juli 1943 zum Einsatz. Auf

die Verwendung von Ukrainern wurde aus Geheimhaltungsgründen nunmehr verzichtet.

Zwischen dem 20. Juni und dem 16. Juli 1942 wurde das Führerhauptquartier sukzessive von Ostpreußen nach Winniza verlegt. Hitler kam am Abend des 16. Juli in seiner neuen Befehlszentrale an. Die Anlage im sogenannten Sperrkreis 1, in dem sich seine Bunker befanden, nannte er »Wehrwolf«. Nur wenige hundert Meter entfernt, im Sperrkreis 2, befanden sich die Baracken des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, und des Wehrmachtsführungsstabes unter Generaloberst Alfred Jodl. Im Universitätsviertel von Winniza fand das Oberkommando des Heeres (OKH) unter dem Chef des Generalstabes, Generaloberst Franz Halder, sein Quartier.

Für den Führungsstab der Luftwaffe wurden in der Anlage »Steinbruch«, 30 km nördlich von Winniza ebenfalls an der Straße nach Schitomir gelegen, Abstellgleise verlegt, damit der Sonderzug von Reichsmarschall Hermann Göring einfahren konnte. »Steinbruch« war durch seine unmittelbare Nähe zum Flughafen Kalinowka verkehrstechnisch günstig angebunden.

Der Reichsführer SS hatte seine Feldkommandostelle »Hegewald« am Ortsausgang von Schitomir aufgeschlagen. Die Anlage, einen ehemaligen sowie

tischen Luftwaffenstützpunkt mit günstigen Bahn- und Nachrichtenverbindungen, hatte Himmler bereits im Oktober 1941 inspiziert. Am 24. Juli 1942 traf der Reichsführer SS in »Hegewald« ein. Von dort hatte er einen zwei-stündigen Reiseweg zum Führerhauptquartier. Ebenfalls in »Hegewald« untergebracht waren Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und der Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers.

## Entscheidungen im Sommer 1942

Um die Kommunikation und den Transport zwischen Berlin und der Zentralukraine zu festigen, verließ ab 16. Juli 1942 täglich pünktlich um 19.51 Uhr ein Zug den Bahnhof Berlin-Charlottenburg, der nach einer Fahrzeit von 35 Stunden und mehreren Zwischenstops sein Bestimmungsziel »Eichenhain« erreichte. In umgekehrter Richtung fuhr täglich ein Zug um 22.38 Uhr in Winniza ab. Um 14 Uhr startete außerdem jeden Tag ein Flugzeug in Berlin-Staaken, das nach einer Zwischenlandung in Schitomir um 18 Uhr in Eichenhain landete; ebenso gab es eine umgekehrte Flugverbindung.

Angesichts der Monotonie des Tagesablaufes ergriff die Entourage Hitlers bereitwillig Gelegenheiten zur Zer-



▲ Hitler im Gespräch mit Generalfeldmarschall Wilhelm List und Reichsmarschall Hermann Göring im Führerhauptquartier »Wehrwolf« am 31. August 1942.

streuung. Der Stadt- und der Gebietskommissar in Winniza, vor der Ankunft der NS-Führungsriege mit der Ermordung der jüdischen Bevölkerung beschäftigt, organisierten Besichtigungsfahrten durch die umliegenden Kolchosen und Fabriken. Während die Entscheidungsschlacht von Stalingrad begann und die letzten Juden der Region in Zwangsarbeitslagern zugrunde gerichtet wurden, amüsierte sich Hitlers Gefolge in der Gesellschaft des Gebietskommissars, der sich als »schneidiger Bursche« erwies. Der Stadtkommissar lud in seinen Garten zum Abendessen bei Kerzenschein, und die Gäste bewunderten den »zauberhaften Blick auf die in der Ferne liegende Stadt«.

## »Klimasturz in Winniza«

Im Juli und August 1942 stießen die deutschen Heeresverbände bis weit in den südrussischen Raum, bis an die Wolga bei Stalingrad und in den westlichen Kaukasus hinein, vor. Im August hissten Gebirgsjäger die Reichskriegsflagge auf der Spitze des Elbrus. Der »Führer« glaubte aufgrund dieser großen Raumgewinne, dass die Rote Armee bereits entscheidend geschlagen worden sei und nur noch verfolgt werden müsse. Die Eroberung der kaspischen Ölfelder, so Hitlers Logik, würde den Krieg im Osten beenden und gleichzeitig die materiellen Ressourcen für den weiteren Krieg gegen die Amerikaner und Briten liefern.

Der Generalstab des Heeres dagegen erwartete eine Entscheidungsschlacht. Bereits in der ersten Lagebesprechung im »Wehrwolf« am 17. Juli kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Hitler und Halder. Der ursprünglich festgelegte Plan, die Opera-

tionen der Sommeroffensive in verschiedenen Etappen nacheinander (erst Stalingrad, dann der Kaukasus) zu erreichen, wurde nun auf Hitlers Drängen zugunsten eines Nebeneinanders aufgegeben. Am 23. Juli 1942, eine Woche nach seiner Ankunft in Winniza, erließ Hitler die Führerweisung Nr. 45, mit welcher der Vorstoß auf Stalingrad und der Vormarsch in den Kaukasus paralleleingeleitet wurden – mitzuschwachen Kräften für beide Operationsziele, wie sich später herausstellen sollte.

Noch am 19. August gab sich Hitler gegenüber dem in Winniza eintreffenden Reichspropagandaminister Joseph Goebbels sehr optimistisch, was die Aussichten der Sommeroffensive betraf. Ende August zeigte sich jedoch immer deutlicher, dass der Feldzug seine Ziele nicht erreichen würde.

Laut Halder äußerte sich Hitler am 29. August »sehr gereizt« über die Operationsführung der Heeresgruppe A, die verantwortlich für die Operationen im Kaukasus war. Am 30. August berichtete der Generalstabschef über schwere Vorwürfe des »Führers« gegen die militärische Führung der obersten Heeresstellen. Einen Tag später trug Generalfeldmarschall Wilhelm List, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A, in Winniza vor. Es war klar zu entnehmen, dass seine Truppen am Ende ihrer Kräfte waren und überall auf Widerstand stießen. Hitler beharrte jedoch auf dem festgesetzten Ziel eines weiteren Vorstoßes der Heeresgruppe auf die Stadt Astrachan an der Wolga und auf das Kaspische Meer.

Am 7. September kam es zu einem »unbeschreiblichen Wutausbruch« des »Führers« gegenüber Jodl, der von einem Besuch bei List in Stalino zurückgekehrt war. Jodl hatte gegenüber Hitler auf der Auffassung bestanden, dass sich List streng an die ihm erteilten Weisungen gehalten habe und somit nicht Hauptursache der gegenwärtigen militärischen Krise im Kaukasus sein könne. Damit kritisierte er implizit Hitlers eigene Operationsführung.

Hitlers Reaktion nach seinem Wutausbruch war außergewöhnlich: Er reduzierte den Umgang mit seiner engsten Umgebung auf ein für den dienstlichen Umgang miteinander unverzichtbares Minimum. Den Generalen wurde der tägliche Handschlag verweigert, die gemeinsamen Mittag- und Abendessen fielen fort. Stattdessen saß der »Führer« nun alleine in seiner fensterlosen Baracke, die er nur nach Einbruch der Dunkelheit und auf verborgenen Wegen verließ. Dort (und nicht mehr im Gebäude des Wehrmachtführungsstabes) fanden nun auch die täglichen Lagebesprechungen »in eisiger Stimmung« (Halder) statt. Hitler bestellte umgehend zwei Reichstagsstenografen, die aus Berlin geholt und vereidigt wurden; durch ihre schriftliche Aufzeichnung aller Lagebesprechungen wollte er »Missverständnisse und böswillige Verdrehungen« seiner Worte für die Zukunft verhindern.

List wurde kurz darauf als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A entlassen, Hitler übernahm selbst das Kom-

► Das jeweilige Führerhauptquartier war zugleich Schalthebel der Politik. Hier saßen außer der militärischen Führung etwa der Reichsaußenminister oder der Chef der Reichskanzlei. Und auch in Winniza wurden ranghohe Politiker anderer Staaten empfangen. Hier im Bild der kroatische Staatschef Ante Pavelić (vierter von rechts) nach einem Besuch im Führerhauptquartier »Wehrwolf« vor dem Abflug zu einer Inspektion kroatischer Truppen im Südschnitt der Ostfront. Aufnahme vom 24. September 1942.



ullstein bild

mando dieser Heeresgruppe. Am 24. September musste auch Halder als Generalstabschef des Heeres gehen. Halder vermerkte in seinem Kriegstagebuch: »meine Nerven verbraucht, auch seine Nerven nicht mehr frisch. Wir müssen uns trennen.« Generalmajor Kurt Zeitzler ersetzte Halder als Generalstabschef und wurde in der Folge zum General der Infanterie befördert.

Christa Schröder, Hitlers Sekretärin, die für eine Weile im Sommer nicht in Winniza anwesend war, wunderte sich nach ihrer Rückkehr über die völlige Veränderung der Atmosphäre. Die Stimmung war »eisig«, stellte, wie Generalfeldmarschall Halder, auch Schröder fest, und so haben Historiker auch vom »Klimasturz in Winniza« gesprochen.

Nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin vom 27. September bis 4. Oktober kehrte der »Führer« in die Ukraine zurück. Noch am 6. Oktober ordnete Hitler die vollständige Eroberung Stalingrads als zentrales Ziel der Heeresgruppe B an. Als Zeitzler und Jodl ihn bei der Besprechung im »Wehrwolf« auf die Gefahren des Häuserkampfes in Stalingrad hinwiesen, griff der »Führer« nicht mehr nur auf operativ begründete Argumente zurück, sondern betonte die »psychologischen« Auswirkungen: Stalingrad sollte der Welt die unveränderte Schlagkraft der deutschen Wehrmacht demonstrieren. Als Hitler dreieinhalb Monate später nach Winniza zurückkehrte, war die 6. Armee zugrunde gerichtet, der Kriegsverlauf hatte sich endgültig gegen das Deutsche Reich gewendet.

## Rückkehr im Winter 1943

Gut zwei Wochen nach der Kapitulation der 6. Armee flog der »Führer« auf Anraten seines Generalstabschefs Zeitzler zu Generalfeldmarschall Erich von Manstein nach Saporoschje in der Ostukraine, um die Offensive der deutschen Verbände in Richtung Stalino und Charkow in der Nähe der Front zu beobachten. Manstein hatte im November das Kommando der neugeschaffenen Heeresgruppe Don übernommen. Bereits am folgenden Tag verlegte Hitler auf Anraten Mansteins sein Quartier zurück nach Winniza, weil die Gefahr bestand, dass der Flugplatz von Saporoschje von Panzern der Roten Armee eingenommen wurde. Anschließend blieb Hitler für weitere vier Wochen in Winniza. Am 10. März flog er noch einmal zu Manstein und verlieh ihm das Eichenlaub zum Ritterkreuz. Aufgrund der Stabilisierung der Ostfront nach Stalingrad verließ Hitler den »Wehrwolf« Mitte März – nun mit neuer Zuversicht, das Kriegsglück an der Front doch noch wenden zu können.

Im August 1943 machte Hitler ein letztes Mal einen kurzen Zwischenstopp in Winniza auf dem Weg an die Front. Von hier aus besuchte er ein weiteres Mal Mansteins Hauptquartier in Saporoschje.

Bevor Winniza im März 1944 von der Roten Armee zurückerobert wurde, sprengten deutsche Einheiten den »Wehrwolf«-Komplex in die Luft. Den eintreffenden sowjetischen Truppen blieb nur der Anblick von Ruinen. An-

geblich ordnete Stalin 1947 eine genauere Untersuchung des Geländes an, doch ein Untersuchungsteam des sowjetischen Geheimdienstes und Verteidigungsministeriums konnte keine entscheidenden Ergebnisse liefern. Nach weiteren Versuchen in den 1960er Jahren wurde erst 1989 wieder eine Kommission von Moskau nach Winniza entsandt. Dieses »Hermes« genannte Projekt unterstand dem Geologischen Institut der Universität Moskau. Satellitenphotos konnten angeblich die Existenz der unterirdischen Bunkeranlagen beweisen. Als die Sowjetunion zusammenbrach, versanken auch die Geldquellen für weitere Forschungen, das Projekt schief ein, ein geplanter Untersuchungsbericht wurde nie veröffentlicht. Pläne zum Bau einer Vergnügungsanlage mit Casino und Diskothek oder einer Siedlung in den 1990er Jahren erwiesen sich als kurzlebig. Es kursieren bis heute Gerüchte, die Deutschen hätten im Untergrund biologische Waffen gelagert und ein ausgeklügeltes Minensystem installiert. Eine ukrainische Zeitung behauptete im Jahr 2007 sogar, im Untergrund von Winniza sei das legendäre Bernsteinzimmer versteckt. Anfang 2008 wurde auf einem Teil des Geländes ein Erholungs- und Picknick-Parcours angelegt; gelegentlich wird das Areal auch als Kuhweide genutzt. Ungeachtet aller Gerüchte und Projekte ist von dem Ort, an dem Adolf Hitler die Kriegswende erlebte, heute nicht viel mehr als eine Lichtung im Wald übriggeblieben.

■ Markus Eikel

◄ Lagebesprechung der Heeresgruppe Süd in Saporoschje (Ukraine) am 19. Februar 1943.

## Literaturtipps

Peter Hoffmann, *Hitler's Personal Security*, Cambridge, London 1979.

Wendy Lower, *Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine*, Chapel Hill 2005.

Franz W. Seidler und Dieter Zeigert, *Die Führerhauptquartiere. Anlagen und Planungen im Zweiten Weltkrieg*, München 2000.

ullstein bild/W. Frenzt



# Die Torpedo-Krise im Zweiten Weltkrieg

**B**ereits nach der Rückkehr von ihren ersten Feindfahrten im Zweiten Weltkrieg berichteten deutsche U-Boot-Kommandanten über eklantante Fehlschüsse und Versager beim Verschießen von Torpedos. Die Boote hatten feindliche Kriegsschiffe klar im Visier gehabt und konnten trotz bester Bedingungen ihre Torpedos nicht ins Ziel bringen. Viele Torpedos liefen entweder einfach unter dem Zielschiff hindurch, oder sie detonierten weit vor oder hinter dem Ziel. Einige Geschosse trafen zwar das Ziel, aber detonierten dort nicht und hinterließen somit keine zerstörende Wirkung. Im Mittelpunkt der Krise stand der Torpedo G7 in seinen beiden Versionen G7a und G7e. Er war die Hauptwaffe der deutschen U-Boote im Zweiten Weltkrieg, wurde aber auch auf Zerstörern, Torpedobooten und Schnellbooten eingesetzt.

Der Torpedo galt als kriegswichtige Waffe. Als die negativen Meldungen kein Ende nahmen und sich immer deutlicher abzeichnete, dass die deutschen U-Boote, in deren Kampfkraft man so große Erwartungen gesetzt hatte, praktisch mit stumpfen Waffen in den Krieg gezogen waren, sah sich die Marine zum Handeln gezwungen. Konteradmiral Karl Dönitz, der damalige Befehlshaber der U-Boote (BdU), ordnete zunächst eine umfassende Untersuchung an, um dann in der Folge die für die fehlgelaufene Entwicklung und Erprobung der Torpedos verantwortlichen Männer vor dem Reichskriegsgericht unter Anklage zu stellen.

## Die technischen Ursachen

Die Entwicklung dieses Torpedos lässt sich bis in den Ersten Weltkrieg zurückverfolgen; die für seinen Einsatz entscheidenden Arbeiten wurden zweifellos erst in den 1930er Jahren bei der Torpedoversuchsanstalt (TVA) in Eckernförde durchgeführt.



▲ Torpedoschießstand der Torpedoversuchsanstalt Eckernförde Süd, etwa 1935. Der Bau wurde später wesentlich modernisiert und erweitert. Vom Turm aus wurde der Lauf der abgefeuerten Versuchstorpedos beobachtet.

Die Torpedos G7a und G7e hatten die gleichen äußeren Abmessungen. Sie unterschieden sich im Wesentlichen durch die Art ihres Antriebes und ihrer Verwendung. Während der G7a durch einen Pressluft-Verbrennungsmotor angetrieben wurde, besaß der G7e einen aus Batterien gespeisten elektrischen Antrieb. Der G7e verriet sich im Gegensatz zum G7a also nicht durch eine Blasenspur und eignete sich daher besonders für den Einsatz am Tage. Beide Torpedos konnten wahlweise mit Gefechts pistolen mit Aufschlagzündung (AZ) oder magnetischer Abstandszündung (MZ) ausgerüstet werden. Bei der MZ reagierte die Pistole auf die durch die Eisenmassen des Zielschiffes verursachten Veränderungen des magnetischen Erdfeldes. Der mit dieser Gefechts pistole ausgerüstete Torpedo sollte unter dem Schiff detonieren, wobei die dabei entstehende Gasblase das Schiff anhob und den Kiel des Schiffes brach.

Dass diese Effekte zu Beginn des Krieges viel zu selten erzielt wurden, war in erster Linie auf die technischen Mängel der Torpedos zurückzuführen, die sich auf zwei Bauteile konzentrierten: den Tiefenapparat und die Ge-

fechtspistole. Die minimale Tiefe, die beim Torpedo G7 eingestellt werden konnte, lag bei 3 m. Die Abweichung von der einmal eingestellten Tiefe sollte nicht mehr als 0,5 m betragen. Tatsächlich stellte sich bei späteren Vermessungen heraus, dass diese durchaus im Bereich von 2 bis 3 m liegen konnte, wobei eine deutliche Tendenz zum Untersteuern bestand. Dies führte dazu, dass Zielschiffe mit einem Tiefgang bis zu etwa 6 m – und dies war unter den maßgeblichen Schiffen des Gegners sicherlich die Mehrzahl – von den Torpedos oft unterlaufen wurden. Oder sie trafen, sofern sie mit einem Aufschlagzünder ausgerüstet waren, unter einem extrem ungünstigen Winkel auf die Schiffswand im Unterwasserbereich auf, was in den meisten Fällen ein Versagen der Zündung zur Folge hatte.

Mit den Mängeln der Tiefenhaltung ließen sich allerdings nicht die häufig auftretenden Frühzündungen erklären. Die Hauptursache hierfür lag in erster Linie bei der Gefechts pistole: Maschinenschwingungen und ein unruhiger Torpedolauf führten dazu, dass ein Relais in der Gefechts pistole trotz sorgfältiger Ausbalancierung empfindlich auf me-

chanische Stöße reagierte und langsam zur Kontaktseite des Zünders auswanderte, um dann den Zündstrom zu schließen, bevor das Zielschiff erreicht war.

Um die Schwachstellen der Torpedos zu beseitigen, wurde vom Oberkommando der Kriegsmarine (OKM) im Herbst 1939 eine Arbeitsgemeinschaft mit ranghohen Fachleuten unter der

Leitung von Prof. Dr. Ing. Ernst August Cornelius eingesetzt. Die »Arbeitsgemeinschaft Cornelius« konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgreiche Lösungen zur Beseitigung der festgestellten Schwachstellen vorschlagen.

Die Selbstzündergefahr der Gefechts-pistolen wurde beispielsweise durch eine gegen Schwingungen unempfindliche Aufhängung des Relais in Gummibändern behoben. Die Mängel der Tiefenhaltung konnten durch ein Bündel von Änderungsmaßnahmen an der Tiefenplatte, der Tiefenfeder, dem Tiefenpendel, der Übertragungswelle und der Steuermaschine sowie durch Vergrößerung der Ruderausschläge beseitigt werden.

Nach entsprechenden Erprobungen, die sich durch winterliche Einflüsse mehrfach verzögerten, standen die so verbesserten Torpedos ab Juni 1940 der Flotte zur Verfügung. Seit diesem Zeitpunkt galten die Torpedos G7a und G7e als »kriegsbrauchbar«.

### Die Auswirkungen der Torpedoversager im Einsatz

Am 3. September 1939, zwei Tage nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wurde dem Befehlshaber der Unterseeboote der erste Torpedoversager gemeldet. U 14 hatte in der Ostsee trotz idealer Schussposition ein polnisches Kriegsschiff verfehlt. Der Torpedo war weit vor dem feindlichen Ziel detoniert und hatte somit keinerlei Schaden angerichtet.

Neun Tage später ereignete sich ein ähnlicher Fall in der Nordsee. Das Ziel, das der Kommandant von U 39 vor sich im Sehrohr hatte, nur 800 Meter entfernt, war weitaus größer und vor allen Dingen lohnenswerter als das seines U-Boot-Kameraden in der Ostsee: der britische Flugzeugträger »Ark Royal«. Beide Torpedos, die das deutsche U-Boot abschoss, erreichten ihr Ziel nicht, sie detonierten vorzeitig.

Von nun an sollten sich derartige Negativmeldungen in kurzer Taktfolge wiederholen. Am spektakulärsten war vielleicht die Begegnung von U 56 mit einem britischen Flottenverband Ende Oktober 1939 westlich der Orkney-Inseln. Unbemerkt von zehn feindlichen Zerstörern, die dem britischen Verband zum Schutz zugeteilt waren,

hatte das deutsche U-Boot plötzlich die drei größten Schlachtschiffe der Royal Navy vor seinen Torpedorohren: »Hood«, »Rodney« und »Nelson«. Der Kommandant befahl einen Fächerschuss von drei Torpedos auf die »Nelson«. Aber es erfolgten keine Detonationen. Alles, was man an Bord des U-Bootes hören konnte, war der metallische Aufschlag der Torpedos auf dem stählernen Schiffsrumpf. Wieder einmal hatten die Gefechts-pistolen versagt (U 56 konnte auf seiner gesamten, 21 Tage dauernden dritten Feindfahrt kein Schiff beschädigen oder versenken).

Die Torpedo-Krise erreichte ihren Höhepunkt ein halbes Jahr nach dem Beginn des Krieges, als Deutschland und Großbritannien im April 1940 um die Vorherrschaft in den norwegischen Gewässern kämpften (siehe Infokasten »Unternehmen Weserübung«). Das Versagen der von den deutschen U-Booten bei diesem Unternehmen abgefeuerten Torpedos kam, wie es ein Historiker ausdrückte, einer verlorenen Schlacht gleich.

Im ersten Kriegsjahr lag die statistische Trefferquote der Torpedoschüsse durchschnittlich bei etwa 40 Prozent. Diese Quote konnte die militärische Führung in Deutschland nicht zufrieden stellen. Allerdings war es schwierig, wenn gar unmöglich, die Ursache für die Versager immer eindeutig zu bestimmen. Waren es die beschriebenen technischen Mängel der Torpedos, die sich unter Umständen auch überlappen konnten, oder mussten die Fehlschüsse sonstigen Randbedingungen wie Wetter und Fehleinschätzung durch den Kommandanten zugeordnet werden? Auch hatte die Gegenseite inzwischen Abwehrmaßnahmen gegen die Torpedoangriffe entwickelt. Insbesondere die zuerst auf den Schiffen der Royal Navy eingesetzte Magnetische Eigenschutzanlage erwies sich mit zunehmender Kriegsdauer als immer wirkungsvoller.

Natürlich sprach man unter den deutschen U-Boot-Fahrern über diese negativen Erfahrungen. Die Angst, dass man sich durch die Torpedoversager zusätzlichen Gefahren aussetzte, und Frustration, die bei einigen Kommandanten sogar zu Depressionen führte, wuchsen ständig. Den einen oder anderen Kommandanten musste Dönitz deshalb sogar ablösen. Das



Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

▲ Auf seiner dritten Feindfahrt ergab sich für U 56 im Oktober 1939 die Chance, auch eines der drei größten Schlachtschiffe der Royal Navy zu torpedieren, doch versagte der befohlene Fächerschuss von drei Torpedos auf »HMS Nelson« (im Bild eine Aufnahme des britischen Schlachtschiffes vom April 1939).

## Die U-Boot-Waffe im »Unternehmen Weserübung« 1940

Militärisches Ziel der Invasion der deutschen Wehrmacht in Norwegen und Dänemark im April 1940 war die Besetzung der wirtschaftlich und strategisch wichtigen norwegischen Häfen. Zum Einsatz kam hier auch die deutsche U-Boot-Waffe, die jedoch größtenteils wirkungslos blieb. Insgesamt befanden sich im Nordatlantik 31 deutsche U-Boote (12 große und 13 kleine Boote sowie 6 Schulboote) und 16 U-Boote der Royal Navy im Einsatz.

Zum Schutz der norwegischen Häfen Trondheim und Narvik vor den britischen Seestreitkräften verstärkte der Befehlshaber der Unterseeboote Dönitz die U-Boot-Gruppierungen vor den Zufahrten zu den Häfen. Am 10. April, nur einen Tag nach der Landung der deutschen Truppen, bot sich für U 25 in einem der Fjorde von Narvik die Chance, aus einer optimalen Angriffsposition britische Zerstörer zu torpedieren; die abgefeuerten Torpedos explodierten weit vor dem Ziel.

U 48 schoss am gleichen Tag 3 Torpedos auf den britischen Schweren Kreuzer »Cumberland«, wovon jedoch nur einer Wirkung zeigte – weit hinter »Cumberland«. Nur wenige Stunden später visierte der Kommandant von U 48 mit 3x3 Torpedos einen weiteren schweren Kreuzer an, doch die Geschosse detonierten weit vor dem feindlichen Schiff.

Am 13. April sollten das britische Schlachtschiff »Warspite« und 9 Zerstörer die deutschen Schiffe in und um Narvik vernichten, was ihnen bei 6 deutschen Zerstörern auch gelang. Die deutsche U-Boot-Waffe vermochte nichts dagegen auszurichten. Beim Rückmarsch der britischen Schiffe aus Narvik mussten diese U 48 passieren, das sich in günstigster Schussposition befand, sodass der gegnerischen Kampfgruppe Verluste hätten beigebracht werden können. Aber auch diesmal versagten die Torpedos und die britischen Schiffe konnten unbeschadet ihren Heimathafen erreichen.

Selbst Kapitänleutnant Günther Prien, der nach seinem Erfolg bei Scapa Flow im Oktober 1939 von der Propaganda gefeierte Held und Vorzeigekommandant der U-Boot-Waffe, versagte mit seinem U 47, als er versuchte, mit 8 Geschossen einen Verband britischer Transportschiffe zu torpedieren. Prien ließ in seinem Bericht an Dönitz wissen, man solle ihm nicht noch einmal zumuten, »mit einem Holzgewehr zu kämpfen«.

mt

Süddeutsche Zeitung Photo/Scherf



▲ U-Boot-Kommandant  
Kapitänleutnant  
Günther Prien.

Selbstvertrauen der U-Boot-Fahrer und die Kampfkraft der deutschen U-Boot-Waffe waren sichtlich angegriffen.

Dönitz sah sich zum Handeln gezwungen. Er drängte zunächst die TVA zu Nachbesserungen. Aber das »Herumdoktern« am eigenen Produkt brachte keinen durchschlagenden Erfolg. Als Nächstes ordnete Dönitz an, dass nur noch Torpedos, die mit Aufschlagzündungen ausgestattet waren, verschossen werden durften. Damit war jedoch nur ein Teil der Versagerursachen ausgeschaltet.

Dönitz, der inzwischen die Arbeit der technischen Offiziere und Beamten, die mit der Entwicklung der Torpedos befasst waren, als »verbrecherisch« eingestuft hatte, ließ sich im weiteren Verlauf nicht mehr davon abhalten, die für die Auslieferung der mangelbehafteten Torpedos verantwortlichen Männer –

nachdem sie zwischenzeitlich bereits von ihren Ämtern entbunden und zu anderen Dienststellen abgeordnet bzw. kommandiert worden waren – vor das Reichskriegsgericht zu stellen.

### Der Prozess vor dem Reichskriegsgericht

Das Gericht hatte sich sehr gewissenhaft auf den Prozess vorbereitet, denn die Anklage wurde erst ein Jahr nach dem für die U-Boot-Waffe so desaströs verlaufenem Norwegen-Unternehmen erhoben. Weitere Anzeichen für die Ernsthaftigkeit und die Gründlichkeit des Verfahrens waren auch die Vielzahl der technischen Details, mit denen sich das Gericht auseinandersetzte, des Weiteren die Dauer des Prozesses. Zwischen der Anklageverfügung vom

27. Mai 1941 und dem Urteilsspruch im Dezember 1941 lagen immerhin fast sieben Monate.

Die Anklageschrift des Oberreichskriegsanwalts listete die Vorwürfe gegen jeden der Angeklagten detailliert und dabei oft sehr weit ausholend auf. Versucht man, die diversen Anklagepunkte in einem Satz wiederzufinden, so wurde den Beschuldigten vorgeworfen, dass sie »die Torpedos und die Gefechts pistole nicht denjenigen Erprobungen unterzogen haben, die zur Feststellung ihrer Kriegsbrauchbarkeit notwendig waren, und [...] nicht dafür gesorgt haben, die vorhandenen und während ihrer Dienstzeit zu Tage getretenen Mängel abzustellen«. Das Gericht zeigte auch deutlich die Folgen im Einsatz auf: »Diese Mängel [...] haben vorübergehend das Vertrauen der Front zur Torpedowaffe erschüttert, die Kriegsmarine um bedeutende Erfolge gebracht und den Gang der Kriegereignisse nachteilig beeinflusst.«

Im Verlauf des Prozesses wurde immer wieder die besondere Verantwortung des Dienststellenleiters der Torpedoversuchsanstalt in Eckernförde (heute die Wehrtechnische Dienststelle für Schiffe und Marinewaffen, WTD 71), Konteradmiral Oskar Wehr, und des Inspektors der Torpedo-Inspektion (II), Vizeadmiral Friedrich Götting, herausgestellt. »Konteradmiral Wehr«, so das Gericht, »hat es als Leiter der TVA versäumt, sich nach Antritt seines Amtes mit den Erprobungsvorgängen der Gefechts pistole vertraut zu machen.« Und Vizeadmiral Götting wurde angelastet, dass er sich gutgläubig und in fahrlässiger Weise auf die Erprobungsergebnisse der TVA verlassen habe, statt eigene militärische Tests, sprich: Truppenversuche, durchzuführen.

Außerdem wurde zwei technischen Beamten der TVA, Ministerialrat Dr. Paul Schreiber und Marineoberbaurat Dr. Max Rothmund, wiederholte Fahrlässigkeit bei der Erprobung der Torpedos und im Umgang mit den Erprobungsergebnissen vorgehalten. Das Gericht bemängelte beispielsweise die Art der Aufzeichnung und Auswertung des Schießmaterials. Bei wichtigen Erprobungen seien oft nur die erfolgreichen Schüsse protokolliert worden, obwohl für eine Bewertung gerade das Verhält-



▲ Konteradmiral Oskar Wehr.



▲ Marineoberbaurat Dr. Max Rothmund.

nis von positiven Schüssen und Fehlschüssen die notwendige Klarheit über den technischen Stand gebracht hätte. Ebenso wurde das Einschießen der Gefechts pistolen auf veralteten Torpedos (G7v) als grober Fehler angesehen.

Auch war es unterlassen worden, Torpedoschüsse bei grober See nachzuweisen. Den Hinweis, dass der Aufwand für solch ein Hochseeschießen sehr hoch gewesen wäre, und dass das »schlechte Wetter«, das man für den Nachweis benötigte, nicht immer anzutreffen war, ließ das Gericht nicht gelten. Dieser Vorwurf traf aber nicht allein die TVA, sondern zielte auch in Richtung Flotte, die sich in einer für sie zugegebenermaßen schwierigen Zeit nicht in der Lage sah, eine hinreichende Zahl von Begleitschiffen zur Verfügung zu stellen.

Im Vergleich zu anderen Waffenentwicklungen fiel bei der Torpedoentwicklung außerdem die geringe Zahl an scharfen Probeschüssen auf. Vor dem Krieg hatte es lediglich zwei gegeben: den ersten im Jahr 1933 auf das Wrack der »Niobe« und den zweiten 1935 gegen das Überwasserschiff »Weserland«. Hier wirkte sich aus, dass die Entwicklung des Torpedos G7 insgesamt noch unter dem Einfluss des Versailler Vertrages und nur mit stark eingeschränkten Mitteln durchgeführt werden konnte.

In der Verhandlung wurde weiteres gravierendes Fehlverhalten der Beschuldigten aufgedeckt. Es betraf die lückenhafte Berichterstattung an die vorgesetzten Dienststellen, die fehlende Zusammenarbeit der Dienststellen untereinander, mit der Industrie und der Wissenschaft sowie die hohe Zahl an technischen Änderungen und von Anpassungen bei bereits eingeführten Waffen.

Das Gericht prüfte die Argumente, die möglicherweise die Angeklagten hätten entlasten können. Aber weder der wachsende Aufgabenzuwachs bei Ausbruch des Krieges, noch der häufige Personalwechsel, noch die stetig abnehmenden personellen Ressourcen konnten die Angeklagten von ihrer Verantwortung freistellen, milderten aber, wie es die Anklageschrift ausdrückte, das Maß ihrer Schuld. In einem Fall stellte das Gericht allerdings fest, dass der betreffende Angeklagte trotz des hohen Arbeitsdrucks noch immer genügend Zeit gefunden hatte, sich mit Entwicklungen zu beschäftigen, die gar nicht angeordnet worden waren.

Am Ende erhielten die Beschuldigten Gefängnisstrafen, die kurz danach in Festungshaft umgewandelt wurden. Alle kamen nach sechs Monaten gegen Bewährungsaufgaben frei und waren danach wieder im Rüstungsbereich tätig.

## Die organisatorischen Mängel

Die organisatorischen Aspekte des »Falles« haben bis heute nicht an Aktualität und Anreiz für Diskussionen eingebüßt. Selbst die Bundeswehr hatte noch in ihren Gründungsjahren Interesse an den Ursachen dieser Torpedokrise gezeigt: zum einen, weil sie noch bis 1973 den Torpedo G7 in ihren Beständen führte. Vor allen Dingen aber wollte sie die notwendigen Lehren aus dieser Krise für den Aufbau und die Organisation der neuen Streitkräfte und ihrer technischen Verwaltung ziehen.

Dem Projekt Torpedo G7 hafteten zwei grundsätzliche Makel an: Erstens hatte sich seine Entwicklung über einen viel zu langen Zeitraum hingezogen und, zweitens, war bis zu seiner Einsatzreife das Maß an vertretbaren Änderungen längst überschritten.

Die Entwicklung der Torpedos war im Grunde ausschließlich eine Angelegenheit der TVA gewesen. Die TVA bestimmte unter weitestgehender Ausschaltung der Privatwirtschaft und der Wissenschaft die einzelnen Entwicklungsschritte selbst und nahm am Ende der Entwicklung ihre eigenen Leistungen auch selbst ab; eine unabhängige Produktsicherungs- oder Abnahmeinstanz wurde nicht eingeschaltet.

Der Oberreichskriegsanwalt kam in seiner Anklageschrift zu dem Schluss, »dass die TVA in allzu großer Abgeschlossenheit arbeitete [...] und nur auf dem Boden dieser Abgeschlossenheit die verhängnisvolle Meinungsbildung von der Fehlerlosigkeit der von der TVA konstruierten Torpedos groß werden konnte«.

Die Gesamtsituation verschärfte sich noch dadurch, dass die vorgesetzte Dienststelle der TVA, das Marine-Waffenamt im OKM, seiner Dienstaufsichtspflicht nicht nachkam oder wegen fehlender Fachkompetenz nicht nachkommen konnte. Zu jener Zeit gab es offensichtlich kein Verfahren, das die verantwortlichen Ingenieure zwang, in vorgegebenen Phasen oder Stufen ihre Ergebnisse zu überdenken – oder ein Vorhaben, wenn erforderlich, gar abzubrechen. Man hätte, wie sich ein Mitglied in der »Arbeitsgemeinschaft Cornelius« ausdrückte, bei der TVA einfach »draufloskonstruiert«.

Die Prüfung der Torpedos auf Einsatz-tauglichkeit oblag dem Torpedoerprobungs-kommando (TEK), das der Torpedoinspektion (TI) angegliedert war. Da auch die Zusammenarbeit zwischen TVA und TEK äußerst mangelhaft war, flossen die Erkenntnisse aus der technischen Erprobung nur spärlich in den militärischen Bereich ein. Eine militärische Erprobung – heute würde man Truppenversuch sagen – hatte es im Grunde nie gegeben. Das TEK verließ sich im Wesentlichen auf die Erprobungen und Aussagen der TVA.

Hinzu kam eine mangelnde Kommunikation mit anderen Dienststellen, aber auch innerhalb der TVA selbst. Durch bewusstes »Abschotten« gingen auf diese Weise viele wertvolle Informationen verloren; wichtige Entwicklungsergebnisse wurden nicht registriert, oder der Dienstweg, den sie gehen mussten, dauerte unbotmäßig lange. Bei Stellenwechseln unterließ man es allzu oft, die Aufgaben ordnungsgemäß zu übergeben und vorhandene Kenntnisse weiterzuleiten. Aufbau- und Ablauforganisation waren, so wird es in den Gerichtsakten dargestellt, in keinem guten Zustand.

Der einstige Chefkonstrukteur der Torpedos, Prof. Cornelius, den das OKM kurioserweise zur Aufklärung der Versagerursachen eingeschaltet hatte (möglicherweise weil es zu dieser



▲ Verladen eines Torpedos in ein U-Boot, Wilhelmshaven im Winter 1939/40.

Zeit keinen kompetenteren Fachmann gab), zeigte deutlich auf die wohl grundlegende Schwachstelle. In seiner Denkschrift vom Juni 1940 kam Cornelius zu dem Ergebnis, dass »es grundsätzlich unzweckmäßig erscheine, die gesamte Torpedoproduktion von der Typenentwicklung bis zum Einschießen der fertigen Torpedos in die Hand einer behördlichen Stelle zu legen«. Er

schlug stattdessen eine Aufteilung der Arbeiten und der Verantwortung vor:

1. Die Zielsetzung der Entwicklung von Waffensystemen sowie deren militärische Erprobung müssten bei den Dienststellen liegen.
2. Die Entwicklung, die Fertigungsvorbereitung und die Fertigung sollten der Industrie überlassen bleiben.

### Torpedoschüsse der deutschen U-Boote 1939 bis 1944 (nur Einzelschüsse)

Jahr	Anzahl					Prozent				
	Schüsse	Treffer	Fehlschüsse	Techn. Versager	Ohne Ergebnis	Schüsse	Treffer	Fehlschüsse	Techn. Versager	Ohne Ergebnis
1939	181	60	87	31	3	100,0	33,0	48,0	17,0	2,0
1940	898	421	322	155	-	100,0	47,0	36,0	17,0	-
1941	865	416	352	97	-	100,0	48,0	41,0	11,0	-
1942	1600	732	710	156	2	100,0	46,0	44,1	9,8	0,1
1943	805	422	331	52	-	100,0	52,5	41,5	6,0	-
1944	396	201	169	25	1	100,0	50,8	42,7	6,3	0,2
<b>Gesamt</b>	<b>4745</b>	<b>2252</b>	<b>1971</b>	<b>516</b>	<b>6</b>	<b>100,0</b>	<b>47,5</b>	<b>41,5</b>	<b>10,9</b>	<b>0,13</b>

Die Untersuchungen der Torpedokommission und des Kriegserichts über die Gründe der Torpedoversager brachten eine weitgehende Klärung, doch wurden die letzten Ursachen der zahlreichen missglückten Torpedoschüsse deutscher U-Boote während des Norwegen-Unter-

nehmens erst im Laufe des Februar 1942 festgestellt. Bis zum Kriegsende nahmen die Torpedoversager wieder ab, wie die obige nach Kriegsende im Auftrag der Alliierten durch das Torpedowaffenamt entstandene Statistik glaubhaft vermittelt (auch wenn aufgrund der damaligen

Berechnungsverfahren Vorsicht geboten ist).

Quelle: BArch, TS 498 PG 41957, TVA, Sektion P, Gruppe Nowotny, Bericht 16/45 vom 16.11.1945: Schussauswertung. Erster Teilbericht über U-Boot-Schüsse.





BArch10111-WW-0447-08/eius

▲ Am 18. April 1940 war U 37, von seiner vierten Feindfahrt kommend, in Wilhelmshaven eingelaufen. Am 19. April begrüßte der Befehlshaber der Unterseeboote Konteradmiral Dönitz die Besatzung im Hafen (Bild). Im fehlgeschlagenen U-Boot-Einsatz während des »Unternehmens Weserübung« hatte U 37 als eines der wenigen U-Boote Torpedo-Treffer erzielt und am 10. sowie am 12. April insgesamt 18 715 BRT (3 Schiffe) versenkt.

Dies war für damalige Verhältnisse ein moderner Gedanke, der im Rüstungsbereich der Marine zum Teil noch während des Krieges umgesetzt wurde. In diesem Sinne wurde nach dem Krieg dann auch in der Bundeswehr verfahren, auch wenn es in der jungen Bundesmarine nach deren Gründung bei der Rüstungsbeschaffung zu Pannen gekommen ist.

### Folgen der Krise

Die Torpedo-Krise wirkte noch lange nach, insbesondere natürlich in der U-Boot-Waffe. Dass verantwortliche Ingenieure und Leiter von technischen Dienststellen für ihr Handeln – oder genauer gesagt: für ihr Fehlhandeln – mit Gefängnisstrafen belegt wurden, schockierte das gesamte Ingenieurkorps der Kriegsmarine.

Die Bundeswehr hat versucht, Konstellationen zu vermeiden, die dem damaligen Versagen zugrunde lagen. Sie hat sich insbesondere mit ihren »Rah-

menbestimmungen für die Entwicklung und Beschaffung von Wehrmaterial« (1971), später mit dem sogenannten Customer Product Management (CPM, 2000), Instrumente geschaffen, die Defizite infolge mangelnder Kommunikation und menschlicher Schwächen weitestgehend ausschließen sollen. Die Funktionen der Vorhabenaufsicht, des Controlling und der Qualitätssicherung (die Dienststellen des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung sind heute durchweg nach dem Qualitätssicherungssystem ISO 9001 zertifiziert) besitzen in der Wehrtechnik einen besonders hohen Stellenwert. Komplexe Waffensysteme sind nicht mehr das Werk eines Einzelnen, sondern sie entstehen in einem Team nach vorher fest vereinbarten Regeln.

Streng geregelt und gesteuert ist auch das Zusammenspiel zwischen dem amtlichen Rüstungsbereich und der Industrie. Die amtliche Seite sieht ihre Aufgabe heute in erster Linie in der Formulierung der Anforderungen an ein neues Waffensystem, in der lau-

fenden Kontrolle und Steuerung der von der Industrie durchzuführenden Arbeiten, in der Abnahme der industriellen Leistungen, in der Erprobung des fertig entwickelten Waffensystems und letztendlich in seiner Übergabe an die Truppe.

■ *Heinrich Schütz*

### Literaturtipps

*Oliver Krauß*, Rüstung und Rüstungserprobung in der deutschen Marinegeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Torpedoversuchsanstalt. Dissertation, Christian Albrechts-Universität zu Kiel 2006 (erscheint als Buch Ende 2009).

*Hans-Martin Ottmer*, »Weserübung«. Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940, München 1994 (= Operationen des Zweiten Weltkrieges, Bd 1).

*Eberhard Rössler*, Die Torpedos der deutschen U-Boote. Entwicklung, Herstellung und Eigenschaften der deutschen Marine-Torpedos, Herford 1984.



▲ Der »Stahlhelm« veranstaltete im Juni 1929 die Großkundgebung »10 Jahre Versailles« im Deutschen Stadion, Berlin. Über 50 000 Menschen wohnten der Veranstaltung bei. Blick in das Stadion während des Einziehens der Fahnenkompanie des Stahlhelms.

# »Parteiarmeen« in der Weimarer Republik

In der Bundesrepublik Deutschland hat es nie organisierte bewaffnete Kräfte neben Bundeswehr und Polizei gegeben. Das politische und gesellschaftliche Leben war nicht militarisiert und es war frei von politisch motivierter Gewalt, sieht man von Anschlägen der Rote Armee Fraktion (RAF) ab. In der Weimarer Republik dagegen beherrschten zeitweise bestimmte paramilitärische Verbände verschiedener Parteien die Straße: Der Rote Frontkämpferbund der KPD, die Sturmabteilungen (SA) der NSDAP und der den Deutschnationalen nahestehende Stahlhelm zählten Millionen von Mitgliedern aller sozialen Schichten und gehörten zum Alltag des politischen Lebens in der ersten deutschen Republik. Daneben bestand das der SPD nahestehende Reichsbanner Schwarz-

Rot-Gold; der mitgliederstärkste Kampfverband verstand sich als »Schutzwehr demokratischer Ordnung«.

Zusätzlich zu den »Parteiarmeen« existierten zahlreiche Selbstschutzverbände, Bürger-, Einwohner- und Sicherheitswehren, daneben die regionalen Wehrverbände – die besonders in Bayern und im Osten dominierten – und schließlich die studentischen Bünde. Die parteipolitisch orientierten paramilitärischen Formationen in der Weimarer Republik waren jedoch kein grundsätzlich neues Phänomen.

## Kriegervereine im Kaiserreich

Ihre Vorläufer, Kriegervereine und Traditionsverbände des Kaiserreiches, waren noch ohne parteipolitischen An-

spruch aufgetreten. Sie waren lediglich der »überparteiliche«, verlängerte Arm des »vaterländischen Unterrichtes« der kaiserlichen Armee. In erster Linie sollten sie jedoch einschneidende persönliche Erlebnisse ihrer Mitglieder an Armeezeit und Krieg hochhalten. So gesehen sind Veteranenverbände ein internationales Phänomen. Neben den Kriegervereinen entstanden im Kaiserreich aber auch wehrpolitisch orientierte Massenverbände wie der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein oder der Deutsche Wehrverein. Zwei Ziele verfolgte diese Wehrbewegung: außenpolitisch die Festigung des Deutschen Reiches als Großmacht und innenpolitisch die Abwehr der Arbeiterbewegung und ihrer stärksten politischen Organisation, der Sozialdemokratie. Die Kriegervereine wie auch die

wehrpolitisch orientierten Verbände verstanden sich daher als »staatstragend« im Sinne einer Stabilisierung der herrschenden politischen Machtverhältnisse im Kaiserreich; sie hatten eine eindeutig monarchistische Ausrichtung.

Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden neben den Kriegervereinen alten Stils neue paramilitärische Verbände. Sie entwickelten sich zum Teil zu politischen Kampfbünden gegen die Demokratie und die Republik. Ihr Entstehen und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit standen zugleich in engem Zusammenhang mit dem Fronterlebnis und dem Militärischen an sich.

### **Der Erste Weltkrieg als Schlüsselerlebnis**

Der Erste Weltkrieg war ein prägendes, wenn nicht das prägendste Ereignis im Leben der Führer und Mitglieder der Wehrverbände. Entweder waren sie selbst Frontsoldaten gewesen oder aber der Krieg hatte ihre Jugendjahre im heimatlichen Deutschland mitbestimmt. Erzählungen von Fronturlaubern, die Erziehung durch die Schule, die Kriegspropaganda und nicht zuletzt persönliche Einschränkungen wie beispielsweise der Hunger im »Steckrübenwinter« 1916/17 waren prägende Erfahrungen dieser Jugendjahre.

Aufgrund dieser Erlebnisse formten sich die individuellen Bilder vom Krieg. Doch gab es gemeinsame Grundüberzeugungen vom Wesen des Krieges unter den Mitgliedern eines jeden Wehrverbandes. Dieser jeweils verbandsinterne Konsens lässt sich in zwei grundsätzliche Alternativen fassen: Kriege sind entweder durch menschliches Handeln vermeidbar, oder aber Kriege sind Naturgesetz.

Der erste Grundsatz war die Überzeugung des Reichsbanners, der deshalb von anderen Verbänden des Öfteren als pazifistisch diffamiert wurde. SA und Stahlhelm betrachteten den Krieg dagegen als Naturgesetz, als den »Vater aller Dinge«. Das Bild des Krieges beim Roten Frontkämpferbund war aufgrund der Nähe zur KPD marxistisch-leninistisch bestimmt. Die kommunistische Lehre vom Krieg kennt gerechte und ungerechte Kriege. Der Erste Weltkrieg war demgemäß ein ungerechter Krieg, »der nicht nur

von Seiten Deutschlands, sondern auch von Seiten Frankreichs ein imperialistischer, reaktionärer Raubkrieg« gewesen sei, aber auch ein unausweichlicher Kampf, da »solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, imperialistische Kriege unvermeidlich« seien.

### **Kampf gegen die Republik, Erinnerung an den Krieg**

Der Kampf gegen die »Republik von Weimar« fand bis einschließlich 1923 seinen offenen Ausdruck in den revolutionären, bürgerkriegsähnlichen Umsturzversuchen der Radikalen von links und rechts. Der Spartakusaufstand der KPD 1918/19 in Berlin und der »Hitlerputsch« der NSDAP in München am 9. November 1923 sind die bekanntesten Beispiele einer langen Reihe von Ereignissen. Beide Parteien bedienten sich dabei der Vorläufer ihrer späteren Wehrverbände, der »Proletarischen Hundertschaften« auf der Linken und der SA in ihren Anfängen auf der Rechten.

Nachdem sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach 1923 stabilisiert hatten, trat das außerparlamentarische revolutionäre Moment bei KPD und NSDAP aus taktischen Gründen in den Hintergrund. Ihre Verbände bekamen jetzt Funktionen im »legalen« Kampf um die Macht zugewiesen.

»Wehrhaftmachung«, ob nun »proletarische«, »nationale« oder »republikanische«, war das Ziel der wehrsportlichen Erziehung und der politisch-ideologischen Schulung in den Verbänden. »Wehrhaftmachung« bedeutete immer auch das Einüben von Gewaltanwendung. Gewalt wurde als legitimes Mittel im innenpolitischen Kampf akzeptiert: Saalschlachten, Straßenkämpfe, Fememorde und Attentate waren auch und gerade in der Spätphase der Weimarer Republik an der Tagesordnung. Bei dieser offen zutage tretenden Gewaltbereitschaft verwundert es wenig, dass die Verbände, allerdings in gänzlich unterschiedlichen Konstellationen, Gewalt auch in der Außenpolitik als legitim bejahten. »In der Notwehr bedienen auch wir Sozialdemokraten uns der Gewalt, im Inneren wie nach außen«, begründete das SPD-nahe Reichsbanner seine Zustim-

mung zur Landesverteidigung; Revanche- oder Angriffskriege lehnte es jedoch ab, was in der politischen Landschaft von Weimar keineswegs selbstverständlich war. Die Verbände der Rechten wollten die Revision des Versailler Vertrages notfalls auch durch einen Krieg erzwingen.

Um diese Bereitschaft verstehen zu können, ist es notwendig, sich über die Ursprünge des Kriegsbildes klar zu werden. Für eine ganze Generation war das »Fronterlebnis des Weltkrieges« die maßgebliche Erfahrung ihres Lebens. Begriffe wie »Frontgeist«, »Frontkameradschaft«, »Schützengrabengemeinschaft« und »Frontsozialismus«, die sich wie ein roter Faden durch Publikationen und Verlautbarungen der Verbände ziehen, signalisierten eine Geisteshaltung, die durch den Begriff der »Frontsoldatenideologie« wiedergegeben wird. Die Suggestionskraft des Fronterlebnisses konnte keiner der Verbände bei seiner politischen Tagesarbeit außer Acht lassen.

Das Fronterlebnis wurde durch die Wehrverbände der Linken und Rechten deswegen politisiert, um den Kern gemeinsamer Grunderfahrungen und -überzeugungen der Massen anzusprechen. Die Verbände der Rechten entwickelten mit der Frontsoldatenideologie eine eigene Dynamik, die das Weltkriegserlebnis ganz für sich einnahm und eine Gefahr für die junge Republik darstellte. Die Gründung des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold – Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner« 1924 unter maßgeblicher Beteiligung von Otto Hörsing und Karl Höltermann war die Reaktion vor allem sozialdemokratischer Kriegsteilnehmer auf diese Besetzung des Begriffs und die Bedrohung der Demokratie. Man wollte damit andere politische Konsequenzen aus den Erfahrungen des Krieges ziehen. Das angestrebte Ideal des Reichsbanners war der Kämpfer für die »republikanische Wehrhaftigkeit«. Die »Erziehung zur Wehrhaftigkeit im Dienste der Freiheit« war sein Ziel. Freiheit und Demokratie sollten gegen die extremistischen Bedrohungen durch die Nationalsozialisten und Kommunisten verteidigt werden. Das Reichsbanner verfolgte einerseits einen legalistischen prorepublikanischen Kurs, sah sich jedoch angesichts der gewalttätigen Angriffe vor

allem von rechts gezwungen, selber Gewalt anzuwenden. Durch den »Preußenschlag 1932«, die Absetzung der letzten gewählten preußischen Regierung, geriet das Reichsbanner in einen neuen, besonderen Konflikt: entweder »illegal« Widerstand zu leisten oder sich legalistisch passiv zu verhalten und sich damit seinem Schicksal zu ergeben. Das Reichsbanner war 1932 mit ca. 3,5 Millionen Angehörigen der mitgliederstärkste Verband, wovon jedoch nur ein geringer Teil in »Kampfverbänden« organisiert war. Nach dem Wahlerfolg der NSDAP 1930 versuchte das Reichsbanner im September dem verstärkten Straßenterror der SA-Einheiten durch eine Umstrukturierung seiner aktiven Verbände Einhalt zu gebieten. »Stammformationen« (Stafo) und die Eliteeinheiten »Schutzformationen« (Schufo) wurden gebildet. Daneben gab es weiterhin die Einheiten des sogenannten Jungbanners. Die Schufos zählten im Frühjahr 1931 bereits 250 000 Mann; bis Februar 1933 starben 47 Reichsbannerleute im »Kampf um die Demokratie«. In vielen Regionen verstärkte sich überdies die Frontstellung gegen die Kommunisten.

Das Reichsbanner wurde im März 1933 verboten und zwanzig Jahre spä-

ter, 1953, als Bundesverband Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund Aktiver Demokraten e.V., wiederbegründet; der Verein existiert noch heute.

Zweitgrößte paramilitärische Organisation war der bereits 1918 von Franz Seldte gegründete »Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten«. Der nominell überparteiliche, faktisch jedoch als bewaffneter Arm der monarchistischen Deutschnationalen Volkspartei dienende Verband hatte 1930 etwa 400 000 bis 500 000 Mitglieder. Wehrsport und weltanschauliche Schulung waren ihnen »Notwendigkeiten eines vaterländischen Befreiungskampfes« gegen die »Fesseln« des Versailler Vertrages. Dabei kam es zur Identifizierung von außen- und innenpolitischen Gegnern, die SPD wurde als »Hauptstütze des pazifistischen internationalen Systems« diffamiert, ehemaligen Frontsoldaten jüdischen Glaubens die Mitgliedschaft verweigert. Der Stahlhelm war Hauptträger des Grenz- und Landesschutzes, den die Reichswehr gemeinsam mit den betroffenen Staaten des Deutschen Reiches organisierte.

Leitbild des ebenfalls 1924 gegründeten Roten Frontkämpferbundes war der proletarische Kämpfer der Revolution als Kader einer künftigen »Roten

Armee«. Klassenbewusstsein und Kriegserinnerungen sollten gepflegt werden, um nationalistisch-militaristische Propaganda für neue imperialistische Kriege abzuwehren. 1925 übernahm Ernst Thälmann die Führung des Bundes, schon zwei Jahre später gehörten ihm ca. 120 000 Mitglieder in über 1600 Ortsgruppen an.

Die zunächst zahlenmäßig kleinste, jedoch zugleich gewalttätigste Organisation war die Sturmabteilung (SA) der NSDAP. Zur Aufgabe der SA, die sich vor allem aus Jugendlichen und Arbeitslosen rekrutierte und die 1930 90 000 Männer, 1932 jedoch schon 220 000 Mitglieder zählte, gehörte nach Hitlers Konzeption nicht die Kriegführung, sondern innenpolitischer Terror bis hin zum politischen Mord. So gab es allein von Mitte Juni 1932 bis Mitte Juli 1932 in hauptsächlich von den Nationalsozialisten zu verantwortenden Konfrontationen 99 Tote und 1125 Verletzte. Der SA-Mann war als Kämpfer »Soldat einer Weltanschauung«, Propagandist und Agitator im militärähnlichen Gewand, nicht mehr Soldat in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes. Für den damaligen Stabschef der SA, den ehemaligen Hauptmann Ernst Röhm, war die SA die Keimzelle eines Volksheeres im zukünftigen NS-Staat.

Gemeinsamkeiten wiesen die Verbände vor allem im uniformierten Auftreten, in der formalen Organisation und in den Methoden der Wehrerziehung auf. Ihre marschierenden Kolonnen boten dem Betrachter ein Bild von Disziplin und Ordnung. Die Organisation der Verbände entsprach dem Vorbild des Militärs. Es gab Führer und Abteilungen, ein ähnliches oder identisches Kommandoreglement; der Rote Frontkämpferbund übernahm das Reglement der Reichswehr vollständig! Die militärischen Formen wurden von den Verbänden bewusst gepflegt und eingesetzt, unter anderem als Mittel der Massenagitation.

Wehrsport spielte bei allen Verbänden eine gemeinschaftsbildende Rolle. Zentral war die körperliche Ertüchtigung durch Kampfsportarten wie Boxen, Jiu-Jitsu (Selbstverteidigung), Ringen und andere Sportarten sowie Geländespiele. Neben dem Wehrsport war die weltanschauliche, politische Schulung der Mitglieder die zweite Säule der »Wehrhaftmachung«.



BArch 102-00777

◀ Durchzug von Verbänden des »Reichsbanners Schwarz Rot Gold« durch das Brandenburger Tor, eines der Wahrzeichen Potsdams, am 26. Oktober 1924.

## Führer der »Parteiarmeen«



BARCh 102-08218

**Otto Hörsing:** geb. 1874 in Ostpreußen, ab 1908 SPD-Sekretär in Oppeln, im Ersten Weltkrieg als Feldwebel Führer eines deutschen Kriegsgefangenenlagers in Rumänien, 1918/19 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates der Provinz Oberschlesien, 1920 bis 1927 Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen in Magdeburg, zeitweise Landtags- und Reichstagsabgeordneter, März 1921 mit verantwortlich für die Niederwerfung des Aufstands der KPD in Mitteldeutschland, 1924 Mitbegründer und erster Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1932 aus SPD und Reichsbanner ausgeschlossen, gest. 1937 in Berlin.



ulistein/Archiv Gerstenberg

**Ernst Röhm:** geb. 1887 in München, 1908 Offizier, im Ersten Weltkrieg Führer einer Infanteriekompanie, Hauptmann, nach mehrfacher Verwundung ab 1916 Generalstabsoffizier einer Infanteriedivision, 1919 im Freikorps Epp, Bekanntschaft mit Hitler und Eintritt in die NSDAP als eines der ersten Mitglieder, November 1923 Teilnahme an Hitlerputsch in München, 1925 nach Konflikt mit Hitler Rücktritt als Führer der SA, 1928 bis 1930 in Bolivien, 1931 erneut Stabschef der SA, ab Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, im Juni 1934 unter einem Vorwand (»Röhm-Putsch«) von SS verhaftet und in der Haft in Stadelheim erschossen.



ulistein bild

**Franz Seldte:** geb. 1882 in Magdeburg, im Ersten Weltkrieg schwer verwundet (Seldte verlor den linken Arm), danach Frontberichterstatter, Hauptmann d.R., 1918 Begründer des »Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten«, seit 1924 dessen Erster Bundesführer, politisch stark an die Deutschnationalen Alfred Hugenburgs angelehnt, 1931 mit Hitler in der Harzburger Front (antidemokratisches Bündnis gegen das zweite Kabinett Brüning), 1933 SA-Obergruppenführer, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1933 bis 1945 Reichsarbeitsminister, nach 1945 als Kriegsverbrecher angeklagt, 1947 in der Haft in Fürth verstorben.



BARCh 102-12940

**Ernst Thälmann:** geb. 1886 in Hamburg, 1903 Eintritt in die SPD, im Ersten Weltkrieg Soldat, zweimal verwundet, 1918 desertiert, 1919 Vorsitzender der USPD in Hamburg, Mitglied der Bürgerschaft, 1920 Eintritt in die KPD, deren ultralinkem Flügel zugehörend, 1923 Führer des gescheiterten Hamburger KPD-Aufstands, 1924 bis 1932 Mitglied des Reichstags, ab 1925 Parteivorsitzender, unter seinem Vorsitz volle Unterordnung der Partei unter Sowjetunion und Stalin, 1925 und 1932 jeweils gegen Paul von Hindenburg unterlegener Reichspräsidentenkandidat, 1933 verhaftet, 1944 im KZ Buchenwald ermordet.

ks

## Vor und nach 1933

Die Verbände haben mit unterschiedlicher Zielsetzung zur Stärkung der »Wehrhaftigkeit«, wie es damals hieß, beigetragen. Gewalt wurde von ihnen als legitimes Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung akzeptiert und in unterschiedlicher Intensität auch ausgeübt. Die Regierungen des Reiches und der Länder wurden in der Endphase der Republik dieser Gewalt nicht mehr Herr. Diese Massenorganisationen höhlten faktisch das Gewaltmonopol des Staates schrittweise aus. Das Ringen um politische Entscheidungen verlagerte sich vom Parlament auf die Straße. Das Selbstverständnis und die Wirkung der Verbände waren politisch und militärisch. Führer und Mitglieder begriffen sich in erster Linie als politisches Instrument zur Propagierung der Ideologie und des Programms der ihnen nahestehenden Parteien. Sie verstanden sich in zweiter Linie als paramilitärische Kampf-

bünde, welche die Chance einer vor- und nachmilitärischen Ausbildung boten. Die Verbände waren Ausdruck der Militarisierung der Weimarer Gesellschaft.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 setzte der Prozess der Ausschaltung der konkurrierenden Verbände durch die NSDAP ein. Der Stahlhelm wurde 1933/34 schrittweise in die SA eingegliedert. Unter der Bezeichnung »Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund« firmierten zahlreiche seiner ehemaligen Mitglieder nunmehr als SA-Reserve I. Der Stahlhelm hatte als Traditionsverband aufgehört zu existieren; restaurative monarchistische Denkstrukturen waren mit dem Totalitätsanspruch der NS-Ideologie unvereinbar.

Der Rote Frontkämpferbund war schon im Mai 1929 durch die Reichsregierung auf der Grundlage des Artikels 17 Republikschutzgesetz aus dem Jahr 1922 verboten worden. Die SA war im Mai 1932 lediglich einige Wochen

mit Uniformverbot belegt worden. Sie gelangte im Januar 1933 noch mit an die Macht, jedoch erwies sich dies als ein Pyrrhussieg. Nach dem 30. Juni 1934, dem sogenannten Röhm-Putsch, wurde die Führungsriege der SA entmachtet bzw. »ausgeschaltet« (Schätzungen sprechen von 130 Ermordeten); die SA versank in die Bedeutungslosigkeit – zugunsten der von Heinrich Himmler geführten SS. Die SA war nun primär Organisator von Massenveranstaltungen und Träger der wehrsportlichen Erziehung im »Dritten Reich«. Darüber hinaus war sie quasi ein Veteranenverband zur rückschauenden Betrachtung der »Kampfzeit«, ähnlich den Funktionen der frühen Wehrverbände nach dem Krieg.

■ Uwe Brammer

## Literaturtipp

Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918 bis 1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.

► Curt Ernst Morgen im Range eines Premierleutnants, aufgenommen ca. 1892.



Koloniales Bildarchiv, Universitätsbibliothek Frankfurt am Main

## Auf den Schlachtfeldern des Orients. Der preußische Militärbeobachter Curt Ernst von Morgen

Eine radikal-islamische Bewegung unter Mohammed Ahmed, der sich von seinen Anhängern als »Mahdi« (arab. *der von Gott Geleitete*) ansprechen ließ, brachte Anfang der 1880er Jahre innerhalb kürzester Zeit große Teile des ägyptisch beherrschten Sudans unter ihre Kontrolle. Erst das militärische Vorgehen Großbritanniens beendete 1898 die Herrschaft des Mahdi im Sudan. Der preußische Offizier Curt Ernst von Morgen (1858–1928, nobilitiert 1904) nahm als Militärbeobachter 1896 am Feldzug der »Anglo-Egyptian Nile Expeditionary Force« gegen die Mahdisten, die Anhänger des Mahdi, teil. Im darauffolgenden Jahr befand sich Morgen als Militärbeobachter auf den Schlachtfeldern des Thessalischen Krieges zwischen dem Osmanischen Reich und dem Königreich Griechenland. Beide Konflikte, so unterschiedlich sie hinsichtlich ihrer Anlässe und

Akteure auch sein mögen, stehen in Zusammenhang mit der »orientalischen Frage«, welche die europäische Diplomatie während des gesamten 19. Jahrhunderts beschäftigte.

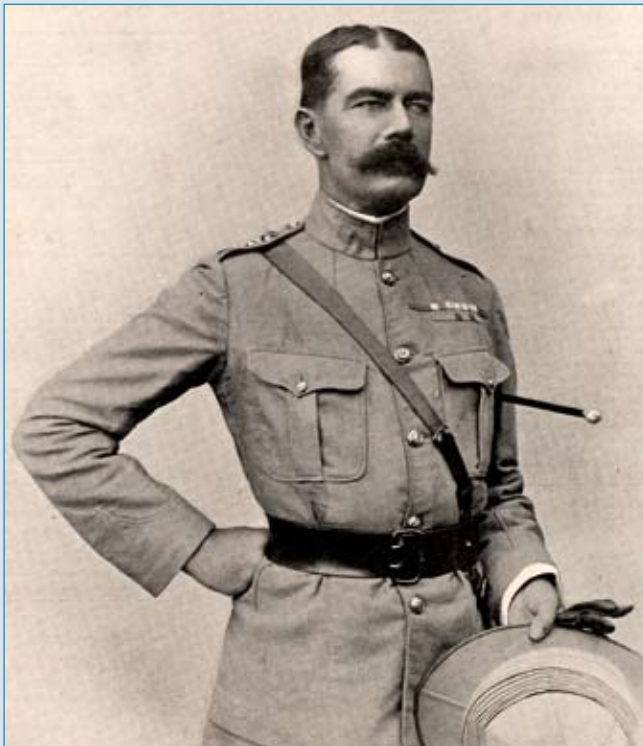
### Militärbeobachter gestern und heute

Steht heute bei den Beobachtermissionen im Rahmen der Vereinten Nationen, an denen zum Teil auch die Bundeswehr beteiligt ist, die multinationale Absicherung und Begleitung von Friedensprozessen in Krisenländern, das »peacekeeping«, im Vordergrund, so waren in der Vergangenheit oftmals allein nationalstaatliche Interessen ausschlaggebend für die Entsendung von militärischen Beobachtern bei Kriegen oder Konflikten. Hieraus ergab sich auch ein anderes Aufgabenspektrum

für die Militärbeobachter. Der militärische Erkenntnisgewinn stand im Vordergrund. Ziel war es, die taktischen sowie operativen Fähigkeiten anderer Streitkräfte am konkreten Beispiel in Erfahrung zu bringen. In diesem Kontext sind auch die Entsendungen des preußischen Hauptmanns Morgen als Beobachter des britisch-ägyptischen Feldzugs unter der Führung von Horatio Herbert Kitchener im Sudan 1896 und des Thessalischen Krieges zwischen Griechenland und dem Osmanischen Reich auf dem Balkan 1897 zu sehen.

Die Initiative zu seiner Entsendung auf den kolonialen Kriegsschauplatz im Sudan ging von Morgen selbst aus. Durch seine Aufenthalte als Forschungsreisender in der deutschen Kolonie Kamerun von 1889 bis 1891 und als Reorganisator der Kameruner Schutztruppe 1894 konnte er bereits auf eine mehrjährige Erfahrung in Afrika und mit kolonialer Kriegsführung zurückblicken. Der Kompaniechef im Grenadier-Regiment »Prinz Carl von Preußen« Nr. 12 (2. Brandenburgisches) in Frankfurt/Oder hatte sich durch die Lektüre englischer Zeitungen und militärischer Fachpublikationen über das Vorgehen Kitcheners im Sudan informiert. Im Zuge dessen war bei ihm, wie er in seinen Lebenserinnerungen schrieb, »der lebhafteste Wunsch rege geworden, an den weiteren Operationen teilzunehmen«.

Nachdem seine Gesuche, die auf seine Kommandierung an die deutsche Gesandtschaft in Kairo und die Erlaubnis zur Teilnahme am britisch-ägyptischen Feldzug abzielten, von seinen Vorgesetzten und insbesondere vom Chef des Militärkabinetts, General Wilhelm von Hahnke, gebilligt worden waren, traf Morgen schließlich am 7. Dezember 1896 in Kairo ein. Dass seinen Gesuchen entsprochen wurde, ist auch im Zusammenhang mit der verstärkt von der Reichsleitung formulierten deutschen Rolle in der »Weltpolitik« zu sehen. So hatte Kaiser Wilhelm II.lässlich einer Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1896 erklärt, dass aus dem Deutschen Reich ein »Weltreich« geworden sei. Diese Akzentverschiebung in der deutschen Außenpolitik fand auch ihren Niederschlag in der Positionierung Deutschlands in der »orientalischen Frage«.



▲ Horatio Herbert Kitchener (1850–1916). Aufnahme von 1901.

picture alliance/united archives



▲ »Mahdi« Mohammed Achmed (1843?–1885).

ullstein bild/Granger collection

## Die »orientalische Frage«

Der Mahdi-Aufstand im Sudan richtete sich in erster Linie gegen die ägyptische Vorherrschaft. Das Vizekönigreich Ägypten, das zu dieser Zeit offiziell noch zum Osmanischen Reich gehörte, sich aber zunehmend von der osmanischen Regierung in Konstantinopel emanzipierte, befand sich allerdings selbst in der Krise. Infolge der massiven Verschuldung des ägyptischen Staates, die auch im Zusammenhang mit dem kostspieligen Bau des Suezkanals zu sehen ist, wurden die Finanzen Ägyptens schließlich unter die Kontrolle der europäischen Großmächte gestellt. Diese ausländische Zwangsverwaltung erregte den Unmut der Ägypter, und es kam zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen Europäer. Großbritannien, das neben der Leitung der internationalen Finanzaufsicht auch hinsichtlich der Nutzung des Suezkanals die größten strategischen Interessen in Ägypten besaß, intervenierte schließlich 1882 militärisch und stationierte eine Besatzungsarmee.

Die Krise in Ägypten war aber nur ein Aspekt der »orientalischen Frage«. Im Kern ging es im Zuge des relativen Machtverfalls des Osmanischen Reiches seit dem Abfall Ägyptens von der

Hohen Pforte 1839 und dem Krimkrieg 1853 bis 1856 um den Fortbestand dieser Großmacht, die fortan als »kranker Mann am Bosphorus« galt. Die Interessengegensätze der europäischen Großmächte verhinderten allerdings eine rasche Aufteilung des Reiches und somit die Klärung der »orientalischen Frage«: Russland sah in der zunehmenden Schwäche des Osmanischen Reiches die Möglichkeit, verstärkten Einfluss in Osteuropa und insbesondere für seine Flotte einen ungehinderten Zugang zum Mittelmeer zu erlangen, und es beanspruchte die Rolle als Schutzmacht über die Christen orthodoxen Glaubens auf dem Balkan.

Durch die Niederlage im Russisch-Türkischen Krieg 1877/78 verlor das Osmanische Reich den größten Teil seiner verbliebenen europäischen Besitzungen. Gegen einen Machtzuwachs Russlands auf dem Balkan erhoben nun aber vor allem Österreich-Ungarn und Großbritannien Einspruch, weil sie in der russischen Expansion eine Gefährdung der eigenen Machtpositionen im Orient sahen. Der Berliner Kongress 1878, an dem Deutschland, Russland, das Osmanische Reich, Großbritannien, Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn teilnahmen, brachte schließlich die Unabhängigkeit

vom Osmanischen Reich für Rumänien, Serbien und Montenegro; Bulgarien blieb als selbstständiges Fürstentum tributpflichtig gegenüber der Hohen Pforte.

## Die Briten in Ägypten

Seiner Status-quo-Politik gegenüber dem Osmanischen Reich folgend, übernahm Großbritannien im Zuge seiner militärischen Besetzung Ägyptens 1882 zwar die Kontrolle über das Land, ohne jedoch dessen formelle Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich zu beenden. Der Khedive (Vizekönig) von Ägypten blieb also formell weiterhin Vasall des Sultans in Konstantinopel. Der britische Generalkonsul fungierte offiziell lediglich als Berater des Khediven, de facto war er aber der tatsächliche Herrscher Ägyptens. Auf die britische Besetzung des Landes folgte dessen wirtschaftliche Einbindung in das britische Weltreich. Die ägyptische Armee befehligten von 1883 an britische Generäle als Oberbefehlshaber (Sirdar); britische Offiziere übernahmen auch die Ausbildung der Soldaten.

Gleichzeitig mit der britischen Besetzung hatte Ägypten 1882 die Kontrolle über den Sudan durch den Mahdi-Auf-

stand verloren. 1896 wurde die »Anglo-Egyptian Nile Expeditionary Force« in Marsch gesetzt, um den Sudan zurückzuerobern. Bereits seit seiner Ernennung zum Sirdar 1892 hatte Horatio Herbert Kitchener an der Vorbereitung der Rückeroberung der Sudan-Provinzen gearbeitet. Am 12. März 1896 erhielt er schließlich den Befehl, den Nil entlang zu marschieren und die Mahdisten anzugreifen. Im Rahmen der sogenannten Dongola-Expedition sollte zunächst die nördliche Provinz des Sudans besetzt und die logistische Voraussetzung eines Feldzugs gegen Omdurman, die Hauptstadt des Mahdi-Staates, geschaffen werden. Bis Ende Mai 1896 konnte eine Eisenbahnlinie bis Ambigole vorangebracht werden. Von hier aus bereitete Kitchener den Angriff auf Firket vor, wo es am Morgen des 7. Juni 1896 zur Schlacht kam. Kitchener hätte nun weiter in Richtung Dongola marschieren können. Er zog es jedoch vor, die Ankunft von speziell für diesen Feldzug konstruierten Flusskanonenbooten abzuwarten und die Eisenbahnlinie weiter nach Süden voranzutreiben. Ende September 1896 konnte die Siedlung Dongola schließlich von den britisch-ägyptischen Truppen eingenommen werden.

In Kairo machte Morgen als offizieller militärischer Vertreter des Deutschen Reiches in Ägypten nach seiner Ankunft dem britischen Generalkonsul Evelyn Baring, 1st Earl of Cromer, und dem Khediven seine Aufwartung. Durch die Bekanntschaft mit dem Österreicher Slatin Pascha (Rudolf Carl Freiherr von Slatin), der von 1881 bis zu seiner Gefangennahme durch die Mahdisten 1883 Gouverneur der Provinz Darfur gewesen war, dem auf abenteuerliche Weise nach elf Jahren in Gefangenschaft 1895 die Flucht gelungen und der nun für den britischen Nachrichtendienst tätig war, erhielt Morgen Zugang zu den verantwortlichen Offizieren im britisch-ägyptischen War Office. Nachdem Morgen einige Tage in Kairo verbracht und verschiedentlich Gelegenheit gehabt hatte, die Einrichtungen und Offiziere der britischen Okkupationsarmee kennenzulernen, erreichte er am 8. Januar 1897 das Hauptquartier Kitcheners in Wadi-Halfa. Kitchener empfing den preußischen Offizier in seinem Zelt und er-

läuterte ihm die Grundzüge seines Operationsplans zur Rückgewinnung des Sudans: Das Hauptinteresse des Oberbefehlshabers lag auf dem Ausbau der Eisenbahnlinie zwischen Wadi-Halfa und Dongola sowie des Schienenstranges von Wadi-Halfa bis Abu Hamed, die den Nachschub und mithin die Durchhaltefähigkeit der Truppe im Sudan während des Vormarsches auf Omdurman gewährleisten sollten. Auf die Frage Morgens, wann die Operationen wieder aufgenommen werden würden, entgegnete der Sirdar, dass seine Devise »slowly but surely« laute und der Faktor Zeit im Rahmen von Kampagnen in Afrika keine Rolle spielen dürfe, wenn der Erfolg nicht gefährdet werden sollte. Somit waren die Hoffnungen Morgens, an den Kämpfen zwischen der britisch-ägyptischen Expedition und den Mahdisten als Beobachter teilnehmen zu können, zunichtegemacht, denn Kitchener würde erst Mitte des kommenden Jahres den Vormarsch auf Omdurman fortsetzen. Dennoch hatte der Deutsche, als er die verschiedenen Stützpunkte und Garnisonen der britisch-ägyptischen Streitkräfte im Sudan bereiste, ausgiebig Gelegenheit, die Ausrüstung, die, wie er fand, sehr den praktischen Bedürfnissen der Soldaten und den klimatischen Bedingungen entsprach, und den Ausbildungsstand der Truppe, den er als sehr gut erachtete, in Augenschein zu nehmen. Durch seine zahlreichen Kontakte zu den in Ägypten und im Sudan eingesetzten britischen Kolonialoffizieren gelangte Hauptmann Morgen im Hinblick auf das preußisch-deutsche

Offizierkorps zu folgender Charakterisierung: »Der englische Offizier kennt kein eintöniges Leben in einer Garnison, er lernt die Welt kennen und mit der Erweiterung seines geografischen Gesichtskreises erweitert sich auch sein Blick für die politischen Ziele und Bedürfnisse seines Vaterlandes. Er erwirbt sich den common sense, der den Deutschen fehlt.« In seinem an den Kaiser gerichteten Immediatbericht über seine Beobachtermission im Sudan lobte Morgen die von ihm besichtigten Einrichtungen und Truppenverbände der britisch-ägyptischen Expeditionstreitmacht sowie das organisatorische Geschick des Oberbefehlshabers als »vortrefflich«. Wilhelm II. erzählte hiervon dem britischen Militärattaché in Berlin. Daraufhin erhielt Morgen später von Kitchener einen Brief, in dem sich der Sirdar für die positive Beurteilung seiner Arbeit bedankte.

Ende Februar 1897 verließ Hauptmann Morgen schließlich Ägypten mit dem Ziel Konstantinopel, das er am 18. März 1897 erreichte. Den Aufenthalt in der Hauptstadt des Osmanischen Reiches nutzte Morgen zur Kontaktaufnahme mit den deutschen Militärinstruktoren in osmanischen Diensten, um sich über die militärischen Verhältnisse im Osmanischen Reich zu informieren. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollten Morgen später die Aufnahme seiner Tätigkeit als Militärattaché an der deutschen Botschaft in Konstantinopel erleichtern. Zuvor kehrte er aber am 29. März zunächst in seine Garnisonsstadt Frankfurt/Oder zurück. Einen Monat später erhielt Morgen seine Kommandierung

► Curt Ernst Morgen (stehend, zweiter von rechts) im Kreis anderer Militärattachés während des Thessalischen Krieges.

Abb. aus: C.A. Fetzer, Aus dem Thessalischen Feldzug der Türkei, Frühjahr 1897. Berichte und Erinnerungen eines Kriegscorrespondenten, Stuttgart, Leipzig 1898.





als neuer deutscher Militärattaché nach Konstantinopel. So reiste er wieder in Richtung Balkan ab, um sich als Beobachter dem auf dem thessalischen Kriegsschauplatz aufmarschierenden osmanischen Heer anzuschließen.

## Der griechisch-osmanische Konflikt

Der Waffengang zwischen dem jungen Nationalstaat Griechenland und dem Vielvölkerreich der Osmanen 1897 war ein weiterer Ausdruck der zunehmend gefährdeten Position des Osmanischen Reiches auf dem Balkan sowie des seit dem griechischen Unabhängigkeitskrieg 1821 bis 1829/30 immer stärker werdenden Bestrebens von Griechenland, alle ethnischen Griechen in seinem Staatswesen zu vereinigen. Der konkrete Anlass für den Thessalischen Krieg war der Ausbruch eines ethnisch motivierten Konflikts auf der Insel Kreta im Mai 1896. Die griechisch-orthodoxe Bevölkerungsmehrheit hatte sich gegen die osmanisch-türkische Herrschaft erhoben und befand sich im offenen Aufstand. Im Februar 1897 landeten schließlich zur Unterstützung der Aufständischen griechische Truppen auf Kreta. Die griechische Führung hoffte durch dieses gewagte Manöver die Insel für ihre Nation sichern zu können.

Um eine weitere Eskalation der Lage auf der Insel zu verhindern, entsandten die europäischen Großmächte Kriegsschiffe nach Kreta. Auch das Deutsche Reich beteiligte sich an der internationalen Flottendemonstration mit dem Großen Kreuzer »Kaiserin Augusta«. In der Entsendung des Kreuzers fand eine veränderte Politik Deutschlands in der »orientalischen Frage« ihren Ausdruck: Entgegen seiner früheren Haltung als »ehrlicher Makler« brachte sich das Reich nun aktiv ein und bezog unumwunden Position zugunsten der Erhaltung des Osmanischen Reiches, die Deutschland zunehmend in Gegensatz zu Frankreich und besonders zu Russland und Großbritannien brachte. Die Hohe Pforte reagierte auf die Landung griechischer Truppen auf Kreta mit einem Ultimatum, das auf den Abzug der griechischen Soldaten von Kreta abzielte. Nachdem die griechische Seite

dieser Aufforderung nicht Folge geleistet hatte, begannen am 17. April 1897 die Kampfhandlungen auf dem thessalischen Kriegsschauplatz.

Nach einer mehrtägigen Bahnfahrt erreichte Hauptmann Morgen am 1. Mai 1897 Saloniki. Das Hauptquartier der osmanischen Operationsarmee unter dem Befehl von Marschall Edhem Pascha befand sich nach den ersten türkischen Erfolgen bereits in Larissa; dort kam Morgen schließlich nach 38-stündigem Ritt in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai an. Auf osmanischer Seite standen in Thessalien etwa 140 000 Mann und auf der gegnerischen Seite unter dem Befehl des griechischen Kronprinzen Konstantin etwa 80 000 Mann unter Waffen. Die griechische Hauptmacht lag zu dieser Zeit bei Phatasalos. In den nächsten Tagen trugen die osmanischen Verbände weitere Angriffe vor und drängten die Griechen auf Domokos zurück. Der Oberbefehlshaber der osmanischen Truppen ließ nun allerdings neun Tage verstreichen, in denen er weitere Verstärkungen heranführte, bis er bei Domokos die Schlacht annehmen wollte. So standen sich am Morgen des 17. Mai 1897 bei Domokos 60 000 Osmanen und 35 000 Griechen, diese in befestigten Stellungen, gegenüber. Obwohl der Kampf den ganzen Tag dauerte, sei zum



▲ Marschall Edhem Pascha (gest. 1905), osmanischer Oberbefehlshaber im Thessalischen Krieg. Abb. aus: C.A. Fetzer, Aus dem Thessalischen Feldzug der Türkei, Frühjahr 1897. Berichte und Erinnerungen eines Kriegscorrespondenten, Stuttgart, Leipzig 1898.

Abend nicht klar gewesen, ob die griechischen Verbände die Schlacht nicht am kommenden Morgen wieder aufnehmen würden, schrieb Hauptmann Morgen. Die Osmanen mussten beim Sturm auf die griechischen Stellungen erhebliche Verluste hinnehmen. Von allen Seiten hörte der Deutsche das Stöhnen der Verwundeten und half bei deren Versorgung. Am Tag nach der Schlacht wurde ein Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien geschlossen, der den Abschluss des Feldzuges bedeutete. Aus dem Thessalischen Krieg war das Osmanische Reich entgegen der Erwartungen der europäischen Großmächte siegreich hervorgegangen. Diesen Umstand führte Morgen schließlich auf die dem deutschen Vorbild folgende Generalstabsausbildung im Osmanischen Reich zurück.

Die »orientalische Frage« war damit allerdings nicht entschieden. Sie sollte die Politik der europäischen Großmächte noch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges beeinflussen. Auf den Schlachtfeldern des Orients hatte Morgen nicht nur die diversen Konflikt- und Interessenlagen der Großmächte sowie die Organisation und den Ausbildungsstand ganz unterschiedlicher Armeen, sondern auch verschiedene Persönlichkeiten, welche die politischen Vorgaben aus den Hauptstädten militärisch umzusetzen hatten, kennengelernt. Eine der Herausragendsten war sicherlich Horatio Herbert Kitchener. Hauptmann Curt Ernst Morgen war als kaiserlicher Militärattaché in Konstantinopel auch in den folgenden Jahren in die vom Deutsche Reich seit 1897 zunehmend selbstsicher formulierte »Weltpolitik« und in die nun aktiv betriebene Orientpolitik eingebunden.

■ Christian Senne

### Literaturtipp

Winston Churchill, Kreuzzug gegen das Reich des Mahdi, Frankfurt a.M 2008 (= Die andere Bibliothek); siehe hierzu die Empfehlung in der Rubrik »Lesetipp« in dieser Ausgabe.



Süddeutsche Zeitung Photo / AP

Reuters

# Die »Nelkenrevolution« 1974

## Soldaten stürzen die Diktatur in Portugal

In Portugal herrschte Anfang 1974, genau wie im benachbarten Spanien, noch immer ein diktatorisches Regime mit politischer Verfolgung, Folter und Repressionen. Fast 30 Jahre nach dem Ende Hitlers in Deutschland und Mussolinis in Italien hatten auf der iberischen Halbinsel zwei Diktaturen überlebt. Die portugiesische Zwangsherrschaft hatte ihren Anfang bereits 1926 und war damit die älteste Diktatur Westeuropas. Antonio de Oliveira Salazars Macht blieb 1945 von den Alliierten unangetastet. Portugal war 1949 Gründungsmitglied der NATO. Der Grund dafür lag in der strategischen Bedeutung des Landes mit seinen Inseln im Atlantik und seinen Kolonien in Afrika.

Anfang der 1970er Jahre besaß nur noch Portugal mit Angola, Guinea-Bissau, Kap Verde und Mosambik ein größeres Kolonialreich. Die dort andauernden Kriege zerrten jedoch an der Substanz des Landes und seiner Streitkräfte – finanziell, personell und nicht zuletzt moralisch. Portugals Armee hatte 1974 eine Stärke von rund 200 000 Soldaten, bei etwa neun Millionen Einwohnern. Rund 150 000 Mann waren noch 1973 in Afrika ein-

gesetzt. Das Offizierkorps stand 1973 politisch nicht mehr voll hinter dem Regime. Ursache dafür war auch der gestiegene Bedarf an Offizieren infolge der Kriege in den Kolonien. Eine Abhilfe konnte nur noch durch eine soziale Öffnung der Offizierlaufbahn annähernd geschaffen werden. Desillusioniert von ihren Einsätzen in Afrika, stellten sich immer mehr Offiziere gegen die Politik Marcello Caetanos (1906–1980), ab 1968 der Nachfolger Salazars. Kritische Offiziere sammelten sich schließlich ab 1973 in der »Bewegung der Streitkräfte« (Movimento das Forças Armadas, MFA), einer Untergrundopposition innerhalb der Armee.

Die Ziele der zumeist jüngeren Offiziere waren ein Ende der Kriege in Afrika und, als Voraussetzung dafür, ein Ende der Diktatur. Den Finger in die Wunde legte im Februar 1974 General Antonio de Spínola mit seinem Buch »Portugal e o Futuro« (Portugal und die Zukunft): Die Kriege seien für Portugal militärisch nicht zu gewinnen, die Kolonien müssten aufgegeben werden. General Spínola (1910–1996) war immerhin Stellvertreter des Generalstabschefs. Bis 1972 war er Gouverneur

in Guinea-Bissau gewesen. Spínola und mit ihm Generalstabschef Francisco da Costa Gomes stellten sich offen gegen die Regierung und wurden im März 1974 ihrer Funktionen enthoben. Auch General da Costa Gomes (1914–2001) hatte zuvor als Befehlshaber der Truppen in Angola einen realistischen Blick auf die Lage in Afrika gewonnen.

Den Aufstand aber bereiteten nicht sie, sondern jüngere Offiziere vor. Bekannt wurden vor allem Otelo Saraiva de Carvalho (geb. 1936), Major an der Militärakademie in Lissabon, und Salgueiro Maia (1944–1992), Hauptmann und Ausbilder an der Militärschule in Santarém. Auch Saraiva de Carvalho hatte drei Jahre in Guinea-Bissau gedient. Er war der Kopf, Hauptmann Maia das Gesicht des Aufstands.

Das vereinbarte Signal an die Verschwörer kam in der Nacht vom 24. zum 25. April 1974 – ein Lied im Rundfunk. Hauptmann Maia und seine Kameraden des MFA übernahmen die Kontrolle in ihren Kasernen und marschierten mit ihren Soldaten Richtung Lissabon. In der Hauptstadt besetzten die Einheiten Regierungsgebäude, Fernsehen und Rundfunk, den Flughafen sowie zentrale Plätze. Die Aktion

◀ Die Bevölkerung steckte Nelken in die Gewehrröhre.

lief noch vor Morgengrauen nach dem klassischen Muster von Staatsstreich ab. Der große Unterschied zu sonst üblichen Militärputschen: Die Einwohner der Hauptstadt jubelten den Truppen zu, liefen mit ihnen mit oder sprangen auf die Panzer und Lkw auf. Ausdruck der Freude der Lissabonner wurden die roten Nelken, die sie den Soldaten an die Uniformen und in die Gewehrläufe steckten. Sie gaben dem Aufstand seinen Namen: »Nelkenrevolution«. Anrückende regierungstreue Einheiten verweigerten ihren Kommandeuren den Befehl, auf die aufständischen Soldaten zu schießen. Ganze Züge und Kompanien liefen über. Nur die Entscheidungen der Unterführer und Mannschaften verhinderten weitere Kämpfe und ein Blutbad. Am Abend des 25. April gab Caetano auf. Er wurde lediglich unter Hausarrest gestellt und durfte bald ins Exil gehen und nach Brasilien ausreisen.

Der Aufstand verlief dennoch nicht ganz ohne Blutvergießen. Teile des alten Regimes gaben (noch) nicht auf. Vor allem die gefürchtete Geheimpolizei PIDE/DGS leistete Widerstand. Bei der Erstürmung ihrer Zentrale durch Soldaten und Demonstranten starben vier Menschen. Die nächsten Ziele der Aufständischen waren die Gefängnisse. Die Befreiung der politischen Häftlinge in der Nacht vom 26. zum 27. April markierte den endgültigen Sieg des Aufstands. Die Diktatur wurde nach fast 50 Jahren in knapp 48 Stunden besiegt. Am 1. Mai feierten Hunderttausende in Lissabon die Rückkehr der Freiheit. Guinea-Bissau, Angola, Kap Verde und Mosambik wurden 1974 beziehungsweise 1975 in die Unabhängigkeit entlassen.

Die politische Richtung Portugals war mit dem gewonnenen Aufstand noch nicht entschieden. Staatspräsident wurde zunächst General Spinola. Den zuvor von ihm geschassten General hatte Caetano in sprichwörtlich letzter Minute noch zu seinem Nachfolger auserkoren. Im Gegenzug beteiligten sich Sozialisten und Kommunisten an der Regierung. Die Macht lag aber beim MFA. In den folgenden Monaten verschärften sich die Richtungskämpfe in



Süddeutsche Zeitung Photo

▲ April 1974: Der Sieg der Aufständischen.

der Regierung und in den Streitkräften. Rechts standen Präsident Spinola und die Kräfte des alten Regimes. Links standen die Kommunisten, Major Saraiva de Carvalho und die von ihm befehligten Einheiten des COPCON (Comando Operacional do Continente), das, im Juli 1974 gegründet, Aufgaben der Militärpolizei und der regulären Polizei innehatte. Die Gemäßigten sammelten sich um Costa Gomes, der wiederum Generalstabschef war. Nach dem von den Linken erzwungenen Rücktritt Spinolas wurde Costa Gomes im September 1974 neuer Staatspräsident. Unter dem Druck des MFA und der linken Parteien wurde mit der Verstaatlichung der Industrie und der Banken begonnen. Portugal schien auf dem Weg zum Sozialismus. In der NATO begegnete man dem Partner mit zunehmender Skepsis und Distanz.

Im März 1975 putschten rechtsgerichtete Teile der Armee unter Führung General Spinolas – und scheiterten. Spinola floh nach Spanien, wo noch immer Diktator Francisco Franco regierte. Costa Gomes verteidigte seinen gemäßigten Kurs gegen die an die Macht strebende Kommunistische Partei. Der MFA und Teile der Streitkräfte radikalisierten sich weiter. Wieder standen Offiziere gegen Offiziere, Truppen ge-

gen Truppen. Portugal drohte ein neuer Putsch oder ein Bürgerkrieg. Der ultralinke Flügel der Streitkräfte unter Saraiva de Carvalho wurde schließlich durch eine weitere Militäraktion im November 1975 ausgeschaltet. Danach beruhigte sich die politische Situation. Die ersten freien Parlamentswahlen am 25. April 1976 gewannen die gemäßigten Kräfte, die Sozialisten von Mário Soares. Im Juli des Jahres übergab Costa Gomes das Amt des Präsidenten an seinen vom Volk frei gewählten Nachfolger, António Ramalho Eanes – wiederum ein General.

Nach 1975 nahm Portugal eine demokratische Entwicklung. Im benachbarten Spanien endete im selben Jahr mit dem Tod Francos auch die dortige Diktatur. Beide Länder traten 1981 der Europäischen Gemeinschaft bei und sind heute stabile Demokratien. Den Weg dorthin eröffnete der Aufstand der Offiziere vom 25. April 1974. Der Putsch war ein Aufstand des Gewissens. Er war einer der wenigen Staatsstrieche in der Geschichte, die nicht gegen, sondern für die Demokratie, für die Freiheit geführt wurden.

Klaus Storkmann



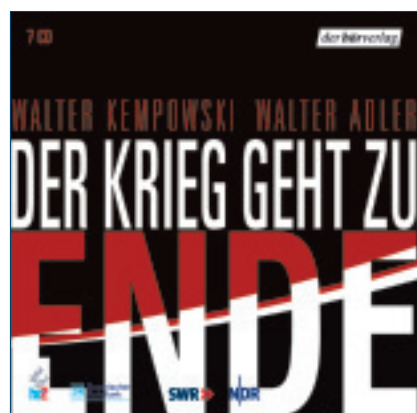
## Audio

## Der Krieg geht zu Ende

Anfang der 1980er Jahre schaltete Walter Kempowski, einer der bedeutendsten deutschen Autoren der Gegenwart, Anzeigen in der ZEIT mit dem Ziel, biografisches Material von »einfachen« Menschen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges zu erhalten. Auf diesem Wege sammelte Kempowski in mehr als 25 Jahren Unmengen an Tagebüchern, Briefwechseln, Lebensaufzeichnungen und Fotografien von Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten. 2005 erschien der

zeit von über 16 Stunden und einer ungewöhnlich großen Hörerresonanz. 2005 veröffentlichte der »Hörverlag« die Sammlung in gekürzter Form: Auf 7 CDs mit einer Gesamtlaufzeit von etwa neun Stunden werden die Dokumente von über 200 renommierten deutschen Schauspielern vorgetragen, unter anderem von Rolf Boysen, Ulrich Matthes und Ben Becker. Das Jahr 1945 steht im Mittelpunkt des Hörspiels. Auch Walter Kempowski notierte schon vor Beginn seiner Arbeit am »Echolot« in seinem Tagebuch: »Zentrum des Werks muss das Jahr 1945 sein, der Schlund des Trichters, auf den alles zudringt.«

Thomas Bäuml



Walter Kempowski und Walter Adler,  
**Der Krieg geht zu Ende.**

Chronik für Stimmen – Januar bis Mai 1945 (CD).  
Produktion: HR/BR/SWR/NDR 1995, 7 CDs, 536 Minuten,  
München: Der Hörverlag 2005.  
ISBN 3-89584-111-8; 39,95 €



world wide web

[www.parlamentarischerrat.de](http://www.parlamentarischerrat.de)

letzte Band von Kempowskis zehnbändiger Weltkriegscollage »Das Echolot«. Aus den über 5000 Familiennachlässen hat der Hörspielregisseur Walter Adler eine chronologisch geordnete Auswahl von Dokumenten zusammengestellt, die persönliche und authentische Eindrücke aus dem Zweiten Weltkrieg wiedergeben: Bombenkrieg, Flucht, zerstörte Familien, Hunger, Gefangenschaft, die letzten Wochen und Tage in den Konzentrationslagern – und die ersten Schritte in Richtung Neubeginn. Dabei hat Adler weder sprachlich korrigiert noch moralisch frisiert. In dieser »Chronik der Stimmen« kommen alle zu Wort: »Historiker, Parteifunktionäre, Kampfflieger und Zivilisten, Journalisten und Bankangestellte, Volkssturm und Hitlerjugend, Deutsche, Russen, Engländer und Franzosen, Junge und Alte«; Opfer gleichermaßen wie Täter, Prominente ebenso wie Namenlose. Die Stimmencollage wurde 1995 anlässlich des 50-jährigen Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa im deutschen Rundfunk gesendet – mit einer Lauf-

In Deutschland wird der »Wehrdienst« geleistet, der »Kriegsdienst« an der Waffe kann aus Gewissensgründen verweigert werden, stattdessen ist »Zivildienst« zu leisten. Die Vielfältigkeit der Begriffe hat mit der Entstehungsgeschichte der Bundeswehr zu tun, die erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland aufgestellt wurde.

Am 8. Mai 1949 beschloss der Parlamentarische Rat das Grundgesetz, die gewählten Volksvertreter der Länder stimmten zu, sodass es am 23. Mai 1949 verkündet werden konnte. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland enthält die Grundrechte (Art. 1 bis 19); eines davon ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Die unaufhebbaren Grundrechte waren beim Aufbau der Parlamentsarmee Bundeswehr zu Beginn der 1950er Jahre zwingend zu berücksichtigen,



ulstein bild / HDG Bonn/Erna Wagner-Hehmke-Winterer

▲ Schaulustige verfolgen durch die Fenster die 1. Sitzung des Parlamentarischen Rats am 1. September 1948 in der Aula der Pädagogischen Akademie, Bonn  
Foto: Erna Wagner-Hehmke.

da die Grundrechte auch für Soldaten gelten sollten.

Unter [www.parlamentarischerrat.de](http://www.parlamentarischerrat.de) wird dieses wichtige Gremium vorgestellt, das auf Anweisung der drei Westmächte Frankreich, Großbritannien und USA eingesetzt wurde. Die eindrucksvollen Bilder der Fotografin Erna Wagner-Hehmke vermitteln ein eindringliches Zeitkolorit. Die im August 1948 von den elf westdeutschen Ländern nominierten 65 Abgeordneten des Parlamentarischen Rates werden vorgestellt (die fünf Vertreter West-Berlins nahmen beratend teil). Vom 1. September 1948 bis zum 23. Mai 1949 tagte das Gremium in insgesamt zwölf Sitzungen. Die Internetseite enthält eine Zeitleiste, gibt Einblicke in die Konstituierung des Parlamentarischen Rates, dessen Organisation und Sitzungen sowie den Festakt und die Unterzeichnung des Grundgesetzes. Die Arbeitsweise des Parlamentarischen Rates wird anschaulich dargestellt und durch die Ton- und Bilddokumente erlebbar gemacht. Das Ergebnis ist das seit 60 Jahren bewährte Grundgesetz. Die in Artikel 1 formulierte Verpflichtung zum »Schutz der Menschenwürde« für alle

BEOBSACHTUNGEN DER PARLAMENTARISCHE RAT 1948/49

Fotografien von Erna Wagner-Hehmke

staatliche Gewalt ist Richtschnur soldatischen Handelns. Ohne sie wären weder das Konzept der Inneren Führung noch die Institution des Wehrbeauftragten entstanden

hp

[www.kalter-krieg-im-radio.de](http://www.kalter-krieg-im-radio.de)

de dies auch beim RIAS, der unter der Kontrolle der US-amerikanischen Besatzungsbehörden stand: Der Anteil der politischen Programme betrug in den 1950er Jahren hier etwa 34 Prozent, im Gegensatz zu anderen öffentlich-rechtlichen Sendern, wo er lediglich bei 15 Prozent lag.

Kalten Krieges. Als Service bieten die Macher der Website Downloads an, darunter eine Chronologie zum Kalten Krieg im Radio. In der Rubrik Bibliothek wird, gegliedert nach den fünf Etappen, auf weiterführende Literatur und Links, v.a. mit Audiotönen, verwiesen. Auch wenn die Rubrik Bibliothek sehr dürftig mit weiterführenden Informationen versehen ist: Ein Blick – oder besser: ein Ohr – auf die Website lohnt sich.

mt

[www.krieg-film.de](http://www.krieg-film.de)



Manche Worte bleiben ewig im Gedächtnis eines Menschen eingegraben. Auch die Rede von Ernst Reuter, Regierender Bürgermeister von Berlin 1948 bis 1953, zur Berliner Luftbrücke am 9. September 1948 ist wohl bei allen, die sie gehört haben, noch heute unvergessen: »Ihr Völker der Welt ... schaut auf diese Stadt«, appellierte er – heiser, voller Pathos und mit größter Erregung in der Stimme. Die Rede sollte die Menschheit aufrütteln und vor allem die Berliner Bevölkerung ermutigen, angesichts der sowjetischen Blockade durchzuhalten und nicht zu verzweifeln. Gehört werden konnte der Appell nicht nur von den mehr als 300 000 Menschen vor dem Berliner Reichstag, übertragen wurde die Rede noch am gleichen Tag auch im Radio, so etwa im RIAS, dem »Rundfunk im amerikanischen Sektor«.

Bereits ein Jahr vor Beginn der Berlin-Blockade hatten die USA mit der Truman-Doktrin unmissverständlich einen antisowjetischen und antikommunistischen Kurs eingeschlagen. Eines der Zentren der Auseinandersetzung zwischen Ost und West im Kalten Krieg war die Vier-Sektoren-Stadt Berlin. Ausgetragen wurde dieser Konflikt auch über das Radio. Schon vor dem und dann verstärkt im Zweiten Weltkrieg hatte man das Radio quasi als (Propaganda-)Waffe instrumentalisiert. Nicht anders verhielt es sich nach dem Krieg, ja noch mehr: Der Rundfunk war im Kalten Krieg »eine seiner schärfsten Waffen«. Deutlich wur-



BArch B 145 Bild-00011323

▲ Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter protestiert am 9. September 1948 auf der Großkundgebung am Reichstagsgebäude vor rund 300 000 Berlinern gegen die sowjetische Blockade. Foto: Puck-Archiv

Einen Teil der Rede von Reuter kann man auch auf der Website [www.kalter-krieg-im-radio.de](http://www.kalter-krieg-im-radio.de) hören. In einfacher und äußerst ansprechend gestalteter Form wird hier dem Nutzer auf einer Seite des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) ein spannendes Kapitel deutscher (Radio-)Geschichte erzählt. Thematisch gegliedert ist der Auftritt in fünf Etappen von 1945 bis 1994. Im Zusammenspiel von einführenden Texten, Kommentaren zu ausgewählten Aspekten, zeitgenössischen Fotografien, Filmsequenzen und natürlich von zahlreichen Aufnahmen aus Radio-sendungen werden interessante Einblicke in die damalige Zeit geboten. Ergänzt wird das Ganze durch eine kurze Beschreibung der relevanten Sender in Deutschland während des

Wer sich schnell und gezielt über den »Modernen Krieg im Film« informieren möchte, dem sei der gleichnamige, vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur geförderte Internetauftritt [www.krieg-film.de](http://www.krieg-film.de) empfohlen. Redaktionell betreut wird die Seite vom Erich-Maria-Remarque-Friedenszentrum Osnabrück. Die Datenbank wird laufend ergänzt, erhebt jedoch, so die Redaktion, keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie bietet umfassende Informationen zu Kriegs- wie zu Antikriegsfilmern, abgedeckt wird das gesamte Genre vom Spiel- bis zum Dokumentarfilm.

Die Navigation auf der Website ist denkbar einfach: Der Nutzer kann gleich auf der Startseite aus folgenden Suchkriterien auswählen: Film, Person, Jahr, Krieg, Archiv, Land, Schlagwort. Hervorzuheben ist hier die Rubrik Schlagwort, die nicht nur die Suche nach einem bestimmten Thema, etwa »Kameradschaft« oder »Schützengraben«, ermöglicht, sondern auch nach dem Fachvokabular des Genres, beispielsweise »Stummfilm«.

Geboten werden neben den üblichen Angaben zu Titel, Produktionsjahr, Regisseurin oder Regisseur, technischen Angaben und Besetzung die literarischen Vorlagen und die Inhaltsangaben zu den Filmen. Kurzbiografien der beteiligten Personen und weiterführende Literatur zu den jeweiligen Filmen ergänzen die Informationspalette. Sofern die Filme auf DVD erhältlich sind, finden sich dazu Hinweise. Eine allgemeine Linkliste zum Thema Film rundet die informative Website ab.

mt

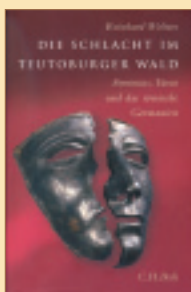
## »Varusschlacht«

Im Jahre 9 n.Chr. wurden drei römische Legionen unter Publius Quinctilius Varus vernichtend geschlagen. Arminius der Cherusker ging als Sieger in die Geschichte ein. An der Interpretation der Schlacht sowie der Frage ihres genauen Ortes scheiden sich jedoch die Geister.

Der Tübinger Althistoriker Reinhard Wolters versteht es gekonnt, den Forschungsstand zusammenzufassen und Deutungen anzubieten. Er bindet das Schlachtgeschehen in die Gesamtgeschichte des römischen Germanien ein. Wolters geht dabei äußerst kritisch mit den schriftlichen und archäologischen Quellen um. Die Probleme beginnen für ihn bereits mit den Bezeichnungen. Die römischen Autoren Cassius Dio, Tacitus, Velleius Paterculus u.a., von denen keiner Augenzeuge war, verwendeten etwa die Namen »Germanien« bzw. »Germanen«. Selbstzeugnisse der Stämme rechts des Rheines liegen nicht vor. War es nun die »Schlacht im Teutoburger Wald«, die »Hermannsschlacht« oder die »Varusschlacht«? Die modernen Bezeichnungen wechseln, die Quellen sprechen überhaupt nicht von Schlacht, sondern nur von der Niederlage des Varus (»clades Variana«).

Reinhard Wolters,  
Die Schlacht im  
Teutoburger Wald.

Arminius, Varus und das  
römische Germanien,  
München 2008.  
ISBN 978-3-406-57674-4;  
255 S., 18,90 €



Breiten Raum nimmt die unterschiedliche Deutung der Schlacht bis heute ein. Martin Luther, Heinrich von Kleist, Theodor Mommsen, Lion Feuchtwanger u.v.a. werden zitiert. Die besondere Bedeutung gerade dieser Schlacht für das entstehende deutsche Nationalbewusstsein gerät Wolters dabei niemals aus dem Blick. Er erzählt nach, wie Arminius zu Hermann und eine römische Niederlage zum Eintritt der Germanen in die Weltgeschichte umgedeutet wurden. Die Germanen wurden zu den Vorfahren der Deutschen stilisiert und im 19. Jahrhundert geriet

die Schlacht zum Vorbild des Kampfes der Deutschen gegen die Franzosen.

Es hat über 700 Versuche gegeben, den genauen Ort bzw. die Orte des Geschehens zu lokalisieren. Wolters bündelt sie in vier Haupttheorien und diskutiert die Bemühungen, den Ort der Schlacht in Kalkriese zu suchen. Insgesamt handelt es sich bei dem Buch um einen gut lesbaren Versuch, dem Geheimnis der Schlacht auf die Spur zu kommen. *hp*

## Die Schlacht von Omdurman

Zunächst mag es überraschend erscheinen, ein Buch zu empfehlen, das erstmals in englischer Sprache bereits vor 100 Jahren unter dem Titel »The River War« erschienen ist.



Winston Churchill,  
Kreuzzug gegen das Reich  
des Mahdi. Übersetzt und  
ediert von Georg Brunold,  
2. Aufl., Frankfurt a.M. 2008  
(= Die andere Bibliothek).  
ISBN 978-3-8218-4765-8;  
480 S., 26,95 €

Im Mittelpunkt steht die Schlacht von Omdurman vom 2. September 1898, als ein britisch-ägyptisches Heer einen Aufstand niederschlug, der 1881 unter dem »Mahdi« Mohammed Ahmed gegen die britisch-ägyptische Herrschaft begonnen und zu einem islamischen Gottesstaat geführt hatte. Es war ein asymmetrischer Krieg. Hier eine zahlenmäßig unterlegene, aber logistisch und waffentechnisch weit überlegene Streitmacht, dort Zehntausende Kämpfer, die durch das Charisma, die angebliche Abstammung des Mahdi vom Propheten Mohammed, aber auch durch die Furcht vor ihrem Anführer motiviert und zusammengehalten wurden.

Churchill nahm selbst als junger Leutnant an der Rückeroberung teil. Sein Bericht schildert nicht nur die militärischen Vorbereitungen und Auseinandersetzungen, sondern auch deren Vorgeschichte. Obwohl Partei und »Kind seiner Zeit«, beschreibt und erklärt Churchill erstaunlich differenziert die Ereignisse. Unterdrückung

und Misswirtschaft seien die Ursachen für den Aufstand, die Religion hingegen sei nur sein Erkennungsmerkmal und Verstärker und der damit verbundene Fanatismus das Vehikel, das den Völkern zu kämpfen helfe (S. 62/64). Es waren laut Churchill letztlich also rationale Gründe, die zum Aufstand geführt hatten. Dies ist insofern bemerkenswert, als er mit dieser Auffassung vielen Zeitgenossen widersprach, welche die Ursachen auf die religiöse Komponente reduzierten.

Eingeleitet werden die Schilderungen dieses lesenswerten Buches durch ein Vorwort von Georg Brunold. Es zeigt, dass im 19. Jahrhundert Konflikte entstanden sind, die bis in die heutige Zeit reichen. Offen bleiben muss in diesem Zusammenhang die Frage, ob trotz internationalen Engagements der Sudan jemals befriedet werden kann. Somit ist das Buch aktueller denn je.

Aleksandar-S. Vuletić

## Gallipoli 1915

Im kollektiven Gedächtnis der Europäer findet der Erste Weltkrieg vornehmlich in den Grabenkämpfen der Westfront statt. Doch die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« spielte sich an vielen Schauplätzen ab, so auch im Vorderen Orient. Einer dieser Brennpunkte war die Schlacht um die Halbinsel Gallipoli in den Jahren 1915/16. Mehr als ein Jahr lang wehrten Streitkräfte des Osmanischen Reiches unter dem Oberbefehl des deutschen Generals Otto Liman von Sanders mithilfe der Mittelmächte das Vordringen eines angelandeten Expeditionskorps der Entente ab. Kenntnisreich und detailgetreu schildert der Autor, beginnend mit der langen Tradition der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft, die politischen Rahmenbedingungen und geostrategischen Planungen, den Verlauf der militärischen Ereignisse, die durch Fotos und Karten reichhaltig illustriert werden. Ogleich der Sieg für das Deutsche Reich strategisch von geringer Bedeutung war, kommt dem Kampf um die Dardanellen aus militärgeschichtlicher Sicht eine herausragende Stellung zu, da es sich um die einzige Schlacht des »Großen Krieges« handelt, die von beiden Seiten mit multinationalen Verbänden zur See, zu

Land und aus der Luft ausgefochten wurde. Anhand vieler zeitgenössischer Quellen wird auch die Problematik der Koalitionskriegführung thematisiert, denn obwohl an Zahl den Türken weit unterlegen, waren die Deutschen nicht bereit, sich mit der Rolle des »Juniorpartners« zufriedenzugeben. Ein umfangreicher Anhang mit deutschen Gefallenenlisten und bis 1918 in der Türkei stationierten Offizieren rundet dieses überaus lesenswerte Werk ab.

*Knud Neuhoff*



**Klaus Wolf,**  
**Gallipoli 1915.**  
Deutsch-türkische  
Zusammenarbeit im  
Ersten Weltkrieg,  
Bonn 2008.  
ISBN 978-3-932385-29-2;  
288. S. mit zahlr. Abb.,  
32,00 €

## Heinrich Himmler

Das Ende des Ersten Weltkrieges erlebte der 18-jährige Fahnenjunker Heinrich Himmler fernab des Kampfesgeschehens. Die angestrebte Laufbahn im Militär blieb Himmler aufgrund der äußeren Umstände nach Kriegsende versagt – mit folgenreichen Auswirkungen –, denn, so Peter Longenrich, die »Tatsache, dass er weder die Front sah noch Offizier wurde, hat er als schweren Makel empfunden. Zeit seines Lebens sollte er die Sichtweise beibehalten, er sei an seiner wahren Berufung als Offizier gehindert worden.« Der verhinderte Berufssoldat trat schon früh Hitlers sich betont martialisch gebender NSDAP bei. In der Partei durchlief der studierte Agrarwissenschaftler eine rasante Karriere, die ihn über verschlungene Wege schließlich auch in die erträumten höchsten militärischen Ämter führte: In der letzten Kriegsphase war Himmler als Reichsführer SS Herr über die Waffen-SS, hatte als Befehlshaber des Ersatzheeres nach dem 20. Juli 1944 die truppenrechtliche und disziplinarische Verfügungsgewalt über die Heeresoldaten der Volksgrenadierdivisionen und versuchte sich nacheinander als Oberbefehlshaber der Heeresgruppen Oberrhein und Weichsel an der West- und

Ostfront als Feldherr. Seine kaum vorhandenen militärischen Kenntnisse und Fähigkeiten trugen maßgeblich zum Scheitern Himmlers als Oberbefehlshaber bei.

Diesem wichtigen militärischen Aspekt in Himmlers Vita geht Peter Longenrich in allen sechs Teilen seiner Biografie nach. Er beschäftigt sich chronologisch mit Himmlers Kindheit und Jugend, seiner Rolle in den Frühjahren der NSDAP und beim Aufbau der SS als »Orden«, den Himmler nach seinen verschrobene Vorstellungen aufzubauen suchte. Himmlers umspannendes Wirken in zahlreichen Ämtern des NS-Staates im Zweiten Weltkrieg, seine Schlüsselrolle im weltanschaulichen Vernichtungskrieg gegen die europäischen Juden sowie slawische und andere Bevölke-



**Peter Longenrich,**  
**Heinrich Himmler.**  
Biographie,  
München 2008.  
ISBN: 978-3-88680-859-5;  
1040 S., 39,95 €

rungsgruppen, die in seinem Weltbild als »Untermenschen« galten, werden kenntnisreich von dem international anerkannten Holocaustforscher Longenrich analysiert. Die Aktivitäten Himmlers in den letzten Kriegswochen, in deren Verlauf schließlich ausgerechnet der auf »Ehre und Treue« fixierte Reichsführer SS seinem »Führer« Hitler »untreu« wurde, indem er ohne dessen Einverständnis Friedensfühler zu den Westalliierten aufnahm, sowie die Zeit bis zu Himmlers Tod kurz nach Kriegsende beschließen die Biografie. Leider bleiben die mit Kriegsverlauf stetig zunehmenden Tätigkeiten Himmlers auf dem Sektor der Auslandsspionage und der militärischen Feindaufklärung und Sabotage weitgehend unberücksichtigt. Die gutgeschriebene Biografie kann dennoch als Standardwerk betrachtet werden und wird bereits all jenen als Pflichtlektüre empfohlen, die sich ausführlich über Himmler und die SS informieren möchten.

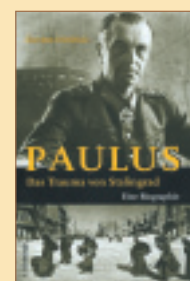
*mp*

## Friedrich Paulus

Der Name Friedrich Paulus ist untrennbar mit dem Untergang der 6. Armee in Stalingrad, seiner sowjetischen Kriegsgefangenschaft, seinem Bruch mit Hitler und den politischen Aktivitäten des Generalfeldmarschalls gegen das NS-Regime verbunden. Er repräsentiert ebenso einen Vertreter einer Generation von Offizieren, deren soldatisches Selbst- bzw. Rollenverständnis eine bestimmende Größe für Entstehung und Verlauf des Zweiten Weltkrieges war. Diese militärische Elite war dem NS-Regime in aller Regel bis zur letzten Minute treu ergeben. Später zu Ihrer Verantwortung befragt, verwiesen die meisten Generale auf ihre Pflicht zum Gehorsam.

Ist dies das kurz gefasste Rollenverständnis jener Offiziergeneration? Eine Analyse lohnt, schließlich waren diese Männer auch Träger des NS-Regimes. So stellt sich Torsten Diedrich in seiner 2008 erschienenen Biografie über Paulus die Frage, ob Befehl und Gehorsam über allen anderen Werten der Soldaten, insbesondere jedoch über Verantwortung und Gewissen standen. Er reduziert seine Biografie nicht auf eine auf Stalingrad begrenzte Sicht. Vielmehr versucht er den Menschen Friedrich Paulus in Gänze dem Leser begreifbar zu machen. Er beschreibt, wie sehr Paulus ein Kind seiner Zeit war, und skizziert einen durchaus repräsentativen Vertreter der militärischen Führungselite jener Epoche. Auch auf die klassischen Fragen zu diesem Thema – zum Verlauf der Schlacht um Stalingrad, ob Paulus einen Ausbruch hätte wagen sollen, zu seiner Rolle während und nach seiner sowjetischen Kriegsgefangenschaft – geht der Autor ausführlich ein. Mit Torsten Diedrichs Buch liegt endlich eine umfassende und sehr lesenswerte Biografie zum Thema Paulus vor.

*Hans-Peter Kriemann*



**Torsten Diedrich,**  
**Paulus.**  
Das Trauma von Stalingrad.  
Eine Biographie,  
Paderborn u.a. 2008.  
ISBN 978-3-506-76403-4;  
576 S. u. 24 S. Illustr.,  
39,90 €

## Bundesarchiv-Militärarchiv

# Das Seegefecht vor Helgoland am 28. August 1914

Bericht des Mar[ine]-Assistenzarztes d.R. Dr. Kirsch über persönliche Erlebnisse und ärztliche Erfahrungen an Bord SMS »Mainz« im Seegefecht bei Helgoland am 28.8.1914, Kiel-Wik, 29.8.1915, BArch, N 253/142, fol. 13 ff.



Das Gemälde des Marinemalers Willy Stöwer (1864–1931) zeigt den Untergang von SMS »Mainz«, Reproduktion, BArch, MSG 225/55

Die Ereignisse vor Helgoland fanden das besondere Interesse von Großadmiral Alfred von Tirpitz (1849–1930). Tirpitz war der Begründer der Hochseeflotte der Kaiserlichen Marine. Als Staatssekretär des Reichsmarineamtes beeinflusste er die Kriegsziele des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg maßgeblich; er forderte beispielsweise den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Sein Sohn Wolf von Tirpitz diente als Oberleutnant z.S. auf dem Kleinen Kreuzer »Mainz«, der 1914 vor Helgoland versenkt wurde. Dies dürfte der Grund dafür sein, warum ein später angefertigter Erinnerungsbericht eines den Untergang überlebenden Marine-Assistenzarztes d.R. namens Kirsch in den privatdienstlichen Nachlass des Großadmirals gelangte.

Dieser Bericht gibt eindringlich das Geschehen an Bord der »Mainz« während des Gefechts wieder. Schonungslos werden die Folgen des gegnerischen Beschusses geschildert; von Zerstörungen und Chaos, atemraubenden und ätzenden Gasen und Dämpfen, zerfetzten Leichen und von den Schwierigkeiten einer Versorgung verwundeter Besatzungsmitglieder wird berichtet: »Auf Deck stand eine dünne Wasserschicht, die anscheinend durch das Granatfeuer erhitzt war und brodelte. Das Wasser hatte sich mit Blut so stark vermischt, dass es zunächst wie reines Blut aussah. Ein widerlicher Blutgeruch erfüllte das ganze Schiff.«

Der Kleine Kreuzer »Mainz« gehörte zur ersten Baureihe Kleiner Kreuzer der Kaiserlichen Marine. Das Schiff war in den Jahren 1907 bis 1909 auf der Stettiner Vul-

can-Werft gebaut worden. Die »Mainz« war 130 Meter lang, ihre Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 14 Knoten. Zur Besatzung zählten 18 Offiziere und 349 Mannschaftsangehörige. Die Panzerung bestand aus zwei Lagen Stahl sowie einer Lage Krupp-Panzerstahl und die Hauptbewaffnung umfasste neben zwölf Schnellfeuerkanonen auch zwei Torpedorohre.

Am 28. August 1914 stieß die »Mainz« zusammen mit anderen Leichten Kreuzern ohne den Schutz schwererer Kräfte auf überlegene britische Einheiten. Ein Unterwassertreffer der Ruderanlage besiegelte schließlich das Schicksal des Schiffes. Die zusammengeschossene »Mainz« versank am frühen Nachmittag, etwa ein Drittel ihrer Besatzungsmitglieder verlor das Leben. Bei nur leichten eigenen Schäden entschieden die Briten das erste große Aufeinandertreffen mit deutschen Hochseestreitkräften klar zu ihren Gunsten: Neben der »Mainz« wurden auch die Kleinen Kreuzer »Köln« und »Ariadne« sowie ein Torpedoboot versenkt. 712 Mann fielen, 381 gerieten in Gefangenschaft.

Andreas Kunz



24. Juni 1859

## Schlacht von Solferino

In den Jahren 1848/49 kam es im heutigen Italien zu Aufständen gegen die Restaurationspolitik der spanischen Bourbonen und der Habsburger. Die Kämpfe, die dem Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung Ausdruck gaben, gefährdeten den Vielvölkerstaat Österreich in seiner Existenz. Konnten 1848/49 die Aufständischen im österreichischen Kronland Lombardo-Venetien noch bezwungen und die italienischen Einigungsbestrebungen zerschlagen werden, bot sich die Situation 1859 im Sardinischen Krieg anders dar.

Das kleine Königreich Piemont-Sardinien hatte sich unter seinem Regenten Vittorio Emanuele mit Frankreich verbündet. Camillo Graf Cavour, Vittorio Emanueles Ministerpräsident ab 1852, wusste, dass ohne die Hilfe einer Großmacht die italienische Einigung nicht zu erreichen war. In einem Geheimvertrag sicherte Napoleon III. dem Königreich Unterstützung im Falle eines österreichischen Angriffes zu – freilich zum Preis von Savoyen und Nizza, beide im Besitz Piemonts.

Beim Neujahrsempfang 1859 für das Diplomatische Korps »bedauerte« Napoleon die schlechten Beziehungen zum Hause Habsburg. Für Österreich kam dies einer Kriegserklärung gleich, zumal zu diesem Zeitpunkt Piemont-Sardinien bereits offen für einen Krieg rüstete. Im Königreich ging ein Ultimatum aus Wien ein, das für einen souveränen Staat unannehmbar war. Im April 1859 marschierten österreichische Truppen in Piemont ein, während eine von Napoleon zugesicherte Streitmacht zunächst auf sich warten ließ. Trotzdem zögerte der österreichische Befehlshaber Graf Ferencz József Gyulay, die piemontesischen Truppen anzugreifen. Am 29. Mai konnten die Verbündeten dann gemeinsam zuschlagen; die Österreicher wichen nach Magenta aus, wo sie am 4. Juni unterlagen. Nun übernahm der im Feld unerfahrene Kaiser Franz Joseph I. selbst den Oberbefehl. Für den 24. Juni planten die Österreicher die Wiedererringung der Initiative durch einen Angriff bei Solferino, einem lombardischen Städtchen zehn Kilometer südlich des Gardasees. Doch die Franzosen kamen ihnen zuvor, indem sie zu unüblicher Morgenstunde angriffen. Habsburg verlor auch diese Schlacht, und die beiden Großreiche schlossen im Juli einen Vorfrieden. Jetzt bot Preußen der geschwächten Monarchie seine Waffenhilfe an – bei Unterstellung der österreichischen Armee unter das Kommando des Deutschen Bundes. Angesichts solcher Bedingungen verzichtete Franz Joseph zugunsten Frankreichs auf die Lombardei (ausgenommen Venetien), das dieses dann an Piemont-Sardinien übergab. Unter dessen Führung entstand bereits ein Jahr später ein italienischer Nationalstaat.

In Solferino, der blutigsten Schlacht seit Waterloo, standen sich 110 000 Österreicher und 118 600 Mann der Verbündeten gegenüber. Der grausige Anblick der zahlreichen Toten und Verwundeten veranlasste den Schweizer Geschäftsmann Henry Dunant zur Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Der Schriftsteller Joseph Roth hat den Ereignissen von Solferino in seinem Roman »Radetzky marsch« ein literarisches Denkmal von Weltruf gesetzt.

mt

2. März 1969

## Grenzgefechte am Ussuri

Am 2. März 1969 kam es am Grenzfluss Ussuri zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen chinesischen und sowjetischen Truppen. Knapp zwei Wochen später bombardierten die Sowjets chinesische Truppenkonzentrationen und eroberten am 15. März die im Ussuri liegenden Damanskiinseln (chinesisch: Zhenbao). Sowjetischen Angaben zufolge forderten die Kampfhandlungen mehrere Hundert chinesische Opfer; die chinesische Seite bestritt diese Opferzahlen und behauptete, die Sowjets hätten höhere Verluste als die eigene Seite erlitten. Im August 1969 folgten weitere Grenzzwischenfälle. Über den Verlauf der Grenze zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China, die im östlichen Teil von den Grenzflüssen Erguna, Amur und Ussuri markiert wurde, herrschten unterschiedliche Vorstellungen und Ansprüche: Die sowjetischen resultierten noch aus der Zarenzeit. Vor allem die Inseln in den Grenzflüssen waren Gegenstand der Kontroverse. Die UdSSR, welche die unbewohnten Inseln ab 1945 gezielt besetzte und kontrollierte, vertrat den Standpunkt, dass diese Teil der Sowjetunion seien. China berief sich demgegenüber auf internationales Recht und beanspruchte die Inseln, die auf seiner Seite des Grenzflusses lagen, für sich. 1964 war bereits ein Abkommen zur Lösung der Grenzfragen gescheitert.

Die Gefechte an der Grenze bildeten den Höhepunkt der in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren stetig angestiegenen Spannungen zwischen den beiden Staaten. Sie beschuldigten sich gegenseitig, die Zwischenfälle provoziert zu haben. Der Auslöser für die Gefechte ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Im Hintergrund stand die Auseinandersetzung beider Atommächte um die ideologische Vormachtstellung im kommunistischen Lager.

Mit den Grenzgefechten kam es zu dem ersten bewaffneten Konflikt zwischen Atommächten. Die sowjetische Seite setzte das Gerücht in Umlauf, dass sie über einen präventiven Nuklearschlag gegen China nachdenke. Unklar ist, ob die sowjetische Führung tatsächlich einen Kernwafeneinsatz erwog; die Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung nur wenige Jahre nach der Kuba-Raketenkrise war dessen ungeachtet real. In Geheimverhandlungen vereinbarten beide Staaten indes einen Waffenstillstand. Gelöst waren die offenen Grenzfragen damit noch nicht, die bilateralen Beziehungen blieben angespannt. China und die UdSSR nahmen erst 1991 die Verhandlungen über die Grenzfestlegung wieder auf und kamen unter anderem überein, dass die Damanskiinseln zu China gehörten. Ein Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik China vom 14. Oktober 2004 und dessen anschließende beiderseitige Ratifizierung lösten schließlich den Disput.

mp



ulstein bild / Nowosti

◀ Sowjetische Soldaten von der Grenzwa- che Nishne-Michailowka am Ussuri.

● **Aalen**

»Der Macht ein Gesicht geben ...«  
**Römische Kaiserbilder am Limes**

(Ausstellung über die Verbindung von Persönlichkeit und politischer Ideologie in Herrscherbildern)  
Limesmuseum Aalen  
St.-Johann-Straße 5  
73430 Aalen  
Telefon:  
0 73 61 / 52 82 87 0  
[www.museen-aalen.de](http://www.museen-aalen.de)

**23. April bis**

**4. Oktober 2009**  
10.00 bis 17.00 Uhr  
(montags geschlossen)  
Eintritt: 4,00 Euro  
ermäßigt: 3,00 Euro

● **Berlin**

**The Making of ... Die Männer und Frauen der Berliner Luftbrücke 1948/49**

Alliierten-Museum  
Clayallee 135  
14195 Berlin  
Telefon:  
0 30 / 81 81 99-0  
[www.alliiertenmuseum.de](http://www.alliiertenmuseum.de)

**27. Juni 2008 bis**

**27. September 2009**  
10.00 bis 18.00 Uhr  
(mittwochs geschlossen)  
Eintritt frei

● **Bonn**

**Flage zeigen? Die Deutschen und ihre Nationalsymbole**

Haus der Geschichte  
Museumsmeile  
Willy-Brandt-Allee 14  
53113 Bonn  
Telefon:  
02 28 / 91 65 0  
[www.hausdergeschichte.de](http://www.hausdergeschichte.de)

**5. Dezember 2008 bis**

**13. April 2009**  
9.00 bis 19.00 Uhr  
(montags geschlossen)  
Eintritt frei

● **Dortmund**

**Was damals Recht war ... Soldaten und Zivilisten vor den Gerichten der Wehrmacht**

Museum für Kunst und Kulturgeschichte  
Dortmund  
Hansastraße 3  
44137 Dortmund  
Telefon:  
02 31 / 50-2 55 22  
[www.museendortmund.de/mkk](http://www.museendortmund.de/mkk)

**4. April bis**

**24. Mai 2009**  
Di, Mi, Fr, So  
10.00 bis 17.00 Uhr  
Do 10.00 bis 20.00 Uhr  
Sa 12.00 bis 17.00 Uhr  
(montags geschlossen)  
Eintritt: 3,00 Euro  
ermäßigt: 1,50 Euro

● **Dresden**

**Krieg und Medizin. 150 Jahre Leben und Sterben**

Deutsches Hygiene-Museum  
Lingnerplatz 1  
01069 Dresden  
Telefon:  
03 51 / 48 46 40 0  
[www.dhmd.de](http://www.dhmd.de)

**4. April bis**

**9. August 2009**  
10.00 bis 18.00 Uhr  
(montags geschlossen)  
Eintritt: 6,00 Euro  
ermäßigt: 3,00 Euro

**Die Frauenkirche zu Dresden – Werden, Wirken, Wiederaufbau**

Stadtmuseum Dresden  
Wilsdrufferstr. 2  
01067 Dresden  
Telefon:  
03 51 / 48 87 30 1  
[www.museen-dresden.de](http://www.museen-dresden.de)

**1. Januar 2009 bis**

**31. Dezember 2010**  
10.00 bis 18.00 Uhr  
(montags geschlossen)  
Eintritt: 4,00 Euro  
ermäßigt: 3,00 Euro

● **Frankfurt a.M.**

**Raub und Restitution: Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute**  
*Wanderausstellung des Jüdischen Museums Berlin*

Jüdisches Museum  
Frankfurt a.M.  
Untermainkai 14/15  
60311 Frankfurt a.M.  
Telefon: 0 69 / 21 23 50 00  
[www.juedisches-museum.de](http://www.juedisches-museum.de)

**23. April bis**

**2. August 2009**  
Di, Fr, Sa, So  
10.00 bis 17.00 Uhr  
Mi 10.00 bis 20.00 Uhr  
(montags geschlossen)  
Eintritt: 4,00 Euro  
Ermäßigt: 2,00 Euro

● **Ingolstadt**

**Herbert Agricola (1912–1998). Graphiken aus dem 2. Weltkrieg**

Bayerisches Armeemuseum  
Neues Schloss  
Paradeplatz 4  
85049 Ingolstadt  
Telefon: 08 41 / 93 77 0  
[www.bayerisches-armeemuseum.de](http://www.bayerisches-armeemuseum.de)

**9. September 2008 bis**

**13. April 2009**  
8.45 bis 17.00 Uhr  
(montags geschlossen)  
Eintritt: 3,50 Euro  
ermäßigt: 3,00 Euro

● **Rastatt**

**Kunst oder Militärkitsch? Reservistika und soldatische Erinnerungsstücke bis zum Ersten Weltkrieg**

Wehrgeschichtliches Museum Rastatt  
Herrenstr. 18  
76437 Rastatt  
Telefon: 0 72 22 / 34 24 4  
[www.wgm-rastatt.de](http://www.wgm-rastatt.de)

Dauerausstellung  
10.00 bis 16.30 Uhr  
(montags geschlossen)  
Eintritt: 5,00 Euro  
ermäßigt: 2,50 Euro

Heft 2/2009  
**Militärgeschichte**  
Zeitschrift für historische Bildung

➔ **Vorschau**

1939 jährt sich der Anfang des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal. Das neue Heft der **Militärgeschichte** widmet sich dem Kriegsbeginn 1939 und blickt dabei auch auf Entwicklungslinien vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. In der zeithistorischen Forschung finden die Beziehungen zwischen beiden Weltkriegen und deren historische Verknüpfung als »Zeitalter der Weltkriege« verstärkte Beachtung. Bruno Thoß analysiert in diesem Zusammenhang die Auswertung der Kriegserfahrungen in der Reichswehr nach 1918 und die daraus gezogenen Lehren.

Ausgehend vom Jahrestag des Angriffs auf Polen wird sich Tomasz Kopański mit der polnischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg befassen. Der Autor zeigt zum einen auf, welche Ereignisse zwischen 1939 und 1945 sich besonders tief in das kollektive Gedächtnis der Polen eingegraben haben, zum anderen veranschaulicht er aber auch jene Faktoren, die nach dem Krieg die Erinnerung beeinflussen.

Den spektakulären Beginn des Krieges zur See und das Ende des Panzerschiffs »Admiral Graf Spee« vor Montevideo schildert Jann M. Witt. Das Geschehen im Rio de la Plata erinnert auch an ein weiteres sich jährendes historisches Ereignis: Andreas Krause Landt wird die Selbstversenkung der deutschen Hochseeflotte nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Scapa Flow 1919 nachzeichnen.



▲ Selbstversenkung der »Graf Spee«.

Mit einer der zahlreichen Folgen des Zweiten Weltkrieges befasst sich ein weiterer Beitrag der nächsten Ausgabe. In den Reihen der französischen Fremdenlegion kämpften in Indochina und Nordafrika nach 1945 auch zahlreiche Deutsche. Diejenigen, die in die neu entstandene DDR zurückkehrten, wurden dort vom SED-Regime politisch und ideologisch instrumentalisiert. Mit dieser etwas anderen »Heimkehr« beschäftigt sich Coreline Boot.

ks

picture-alliance/KPA/TopFoto



# Der Krieg in Vietnam

Während des USA-Besuches von Bundeskanzler Ludwig Erhard im Dezember 1965 äußerte US-Präsident Lyndon B. Johnson den Wunsch, der NATO-Partner Deutschland möge die USA auf den Schlachtfeldern Vietnams militärisch unterstützen. Um jedoch die neutrale Position der Bundesrepublik in diesem Krieg nicht zu gefährden, entwickelte das Auswärtige Amt die Idee, ein Hospitalschiff zur humanitären Hilfe nach Südvietnam zu entsenden. Gechartert von einer privaten deutschen Reederei, setzte das Deutsche Rote Kreuz ab September 1966 die »MS Helgoland«, die im Auftrag der Bundesregierung eigens für diesen Zweck aufwändig umgebaut worden war, als schwimmendes Lazarett zur Versorgung von zivilen Opfern beider kriegführender Parteien in Südvietnam ein.

Die USA führten einen Krieg in Vietnam, der nicht zu gewinnen war. Insgesamt wurden 68000 amerikanische Soldaten getötet und 303000 verwundet, während mindestens zwei Millionen Vietnamesen ihr Leben ließen. Gab man Vietnam preis, so glaubten Politiker und Spitzenmilitärs in den USA, würde bald auch der Rest Südostasiens kommunistisch werden. Diese Auffassung ist auch als »Dominotheorie« bekannt geworden.

Die USA unterstützten das südvietnamesische Regime unter dem Diktator Ngô Đình Diêm. Durch seine Politik brachte dieser jedoch weite Teile der Bevölkerung gegen sich auf, sodass 1960, unterstützt vom kommunistisch geführten Nordvietnam, die »Front zur Befreiung Vietnams« (FNL, von den Amerikanern »Vietcong« genannt) gegründet wurde. Auch für die USA wurde Diêm zunehmend untragbar. Daher ließ Präsident John F. Kennedy bei einem Militärputsch gegen den Diktator den Geheimdienst CIA direkt eingreifen. Aber auch nach dem Sturz Diêms gelang es der südvietnamesischen Regierung nicht, die Guerilla zu besiegen. So traten die USA 1964 ohne eine förmliche Kriegserklärung in diesen Bürgerkrieg ein.

Nach einem massiven Bombardement Nordvietnams wurden im Frühjahr 1965 die ersten Kampftruppen nach Vietnam entsandt. Bis zum Jahresende 1965 befanden sich dort bereits 184300 US-Soldaten, auf dem Höhepunkt des Krieges waren es 550000.

Obwohl der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Vietnam Ende 1967 versucht hatte, den US-Kongress und die amerikanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Rebellen kaum noch in der Lage seien zu kämpfen, zeigte die Tet-Offensive des

Vietcong am 31. Januar 1968 und den darauffolgenden Tagen genau das Gegenteil: 70000 Vietcong griffen Hunderte Städte (Süd-)Vietnam an. Die FNL hatte 37000 getötete Kämpfer gegenüber 2500 getöteten Amerikanern zu beklagen, dennoch trugen die FNL und Nordvietnam den politischen Sieg davon. Für die amerikanische Öffentlichkeit war nun klar, dass dieser Krieg weder in absehbarer Zeit noch zu »akzeptablen« Verlusten und Kosten gewonnen werden konnte. So kam es im Mai 1968 in Paris zu Verhandlungen zwischen Hanoi und Washington. Doch durch die Unnachgiebigkeit Südvietnams und die Präsidentschaftswahlen in den USA gerieten die Verhandlungen ins Stocken.

Die Politik des neuen Präsidenten Richard M. Nixon führte dazu, dass der Krieg noch mehrere Jahre andauerte und weiteren 20000 amerikanischen Soldaten den Tod und unsägliches Leid über die vietnamesische Zivilbevölkerung brachte. Nixon reduzierte zwar schrittweise die amerikanischen Truppen in Vietnam, intensivierte jedoch den Bombenkrieg, und US-Truppen griffen sogar die Nachbarstaaten Laos und Kambodscha an, um den Guerillakrieg siegreich zu beenden. Erst im Januar 1973 konnte ein Waffenstillstandsabkommen mit Nordvietnam erreicht werden; die amerikanischen Truppen zogen noch im selben Jahr ab, die Waffenlieferungen an Südvietnam gingen aber weiter.

1975 eroberte die nordvietnamesische Armee Südvietnam, im April kapitulierte die Regierung in Saigon. Im Juli 1976 wurden die beiden Teilstaaten zur »Sozialistischen Republik Vietnam« vereinigt. Diplomatische Beziehungen zu den USA nahm Vietnam erst wieder 1995 auf.

Die »MS Helgoland« lag bis 1972 in den Häfen von Saigon und Da Nang. Während des Einsatzes versorgten insgesamt 54 Ärzte und 160 Pflegekräfte allein auf dem Schiff 11000 Patienten; 200000 Zivilisten wurden ambulant betreut. Für viele Vietnamesen wurde die »MS Helgoland« somit zum »weißen Schiff der Hoffnung«.

*Hans-Peter Kriemann*



▲ Straßenkämpfe zwischen US-Soldaten und Vietcong-Guerillas in Saigon während der Tet-Offensive. Aufnahme vom 1. Februar 1968.

## NEUE PUBLIKATIONEN DES MGFA



### **Der Warschauer Pakt.**

Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991.

Im Auftrag des MGFA hrsg. von Torsten Diedrich, Winfried Heinemann und Christian F. Ostermann, Berlin: Ch. Links 2009 (= Militärgeschichte der DDR, 16), VIII, 368 S., 39,90 Euro

ISBN 978-3-86153-504-1



### **Kai Lütsch, Jeder Krieg ist anders. Jeder Krieg ist gleich.**

Eine Analyse des Kriegsbegriffes bei Carl von Clausewitz, Potsdam: MGFA 2009; IX, 200 S., 14,80 Euro

ISBN 978-3-941571-00-6



### **Gero von Gersdorff, Die Gründung der Nordatlantischen Allianz.**

München: Oldenbourg 2009 (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses, 7); X, 582 S., ca. 49,80 Euro

ISBN 978-3-486-59006-7

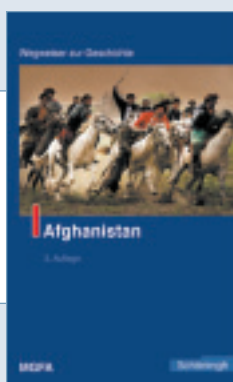


### **Was war und was bleibt.**

Kamingespräche ehemals führender deutscher Militärs aus Ost und West.

Hrsg. von Werner Krätschell, 2., geänd. Aufl., Potsdam: MGFA 2008; 152 S., 14,80 Euro

ISBN 978-3-9808882-9-5



### **Wegweiser zur Geschichte: Afghanistan.**

Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bernhard Chiari,

3., durchges. und erw. Aufl., Paderborn: Schöningh 2009 (= Wegweiser zur Geschichte, 2); 288 S., 14,90 Euro

ISBN 3-506-75664-8